

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreigespaltene Beilage über deren Raum 30 A.

## Niedertracht oder Wahnsinn?

Es ist ein Jammer, daß dieser Artikel geschrieben werden muß. Wir bedauern die Zeit, die wir dazu brauchen, wir bedauern die Arbeit des Satzes und die Kosten des Raumes, der solcherweise unserer Zeitung gestohlen wird. Aber auch der festeste Voratz kann durch die zwingende Notwendigkeit beiseite geschoben werden. So geht es uns mit dem Vorätze, zu der infamen Niedertracht des „Zimmerer“-Redakteurs Bringmann zu schweigen. Es hat eben alles seine Grenze, und jetzt können wir nicht mehr schweigen. Es ist notwendig, von vornherein zu betonen, daß wir den Zimmererverband und seinen Vorstand nicht mit der Schuld an dieser infamen Niedertracht belasten, wenigstens nehmen wir einstweilen an, daß die Körperschaften des Zimmererverbandes dem Bringmannischen Treiben fernstehen, wenn es auch unbegreiflich genug ist, daß sie es dulden. Was der „Zimmerer“ an Nichtswürdigkeiten geleistet hat, ist unseres Erachtens wertlos auf das Konto Bringmanns zu setzen, jenes Mannes, der in der ganzen Arbeiterbewegung als ein ebenso unheilvoller Konfusionsär wie unverbesserlicher Streithansel bekannt ist. Darum lassen wir den Zimmererverband und seine Zeitung in dieser Sache vorläufig ganz außer Betracht; was zu sagen ist, richtet sich gegen Bringmann. Das ist um so mehr gerechtfertigt, als sich während der ganzen Bewegung dieses Jahres keinerlei sachliche Meinungsverstehensheiten zwischen uns und dem Zimmererverbande ergeben haben, auch nicht in den ganz internen Besprechungen. Wenn es trotzdem in den letzten Wochen den Anschein hatte, als beständen solche Meinungsverstehensheiten — nämlich nach dem Dresdener Schiedsprotokoll —, so war das ausschließlich Bringmanns Werk, der seine Stellung als leitender Redakteur des Verbandsorgans dazu mißbrauchte, in der infamsten Weise gegen die Leitung des Maurerverbandes zu gehen. Nur muß man sich bei alledem fragen: Haben wir es bei Bringmann überhaupt noch mit einem Menschen zu tun, der für sein Handeln in vollem Umfange verantwortlich gemacht werden kann? Wir sind nicht die ersten, die die Verantwortlichkeit Bringmanns in Frage ziehen; seine Haltung gibt manchmal Rätsel auf, sie ist oft so ungewöhnlich, daß man einfach gezwungen wird, seine geistige Gesundheit zu bezweifeln.

Es gehört doch wahrlich ein ungewöhnliches Maß von Wahnsinn oder Bosheit dazu, achtbare Kollegen zu verdächtigen, einem bürgerlichen Blatte Material gegen den Zimmererverband gegeben zu haben. Aber Bringmann hatte die Stirn, es zu tun. Er schrieb in der Nr. 27 des „Zimmerer“:

„In der erwähnten Sitzung am Donnerstag, 16. Juni, haben von den Maurern Bömelburg und Paepow teilgenommen, von den Bauhilfsarbeitern Behrendt und Köpfer und von uns die Kameraden Kube, Schröder und Bringmann. Es hat niemand anders von der Sitzung gewußt als die Teilnehmer und sie kann auch von keinem Unberufenen bemerkt und noch weniger belauscht worden sein. Von dem, was über „radikale Anschauung der Zimmerer“ geschrieben wird, kündigt manches an die Vorhaltungen an, welche in jener Sitzung den Zimmerern gemacht worden sind.“

Das ist, wenn man nicht Versteck spielen will, die Behauptung, einer von den erstengenannten Vier — denn die Zimmerervertreter scheiden doch wohl aus? — müßte dem Vertreter der „Bauwelt“ jene die Zimmerer „im Rücken angreifende“ Mitteilung gemacht haben. Nachdem nun diese vier Kollegen klar und entschieden erklärt haben, sie hätten das nicht getan, will Bringmann plötzlich nichts gesagt haben. In Nr. 29 des „Zimmerer“

meint er, er hätte die Namen nur genannt, um diese Kollegen zu veranlassen, dem Zimmererverbande zu helfen, einer „gegen ihn gerichteten faulen Sache auf den Grund zu kommen“. Hier haben wir den ganzen Bringmann in seiner vollen Zämmlichkeit: eine gemeine, giftige Verächtigung, die kein unbefangener Mensch als etwas anderes auffassen kann und hinterher die Unschuldsprote: Was wollt ihr denn nur? Ich habe doch nichts gesagt! Aber selbst dieser Rückzug ist bei Bringmann nicht ohne eine neue Infamie möglich. Er schreibt:

„Die Genossen Bömelburg und Paepow von den Maurern, Behrendt und Köpfer von den Bauhilfsarbeitern haben wir noch nie im Verdacht gehabt, daß sie dazu beitragen, also beihilflich sein würden, einer faulen Sache, die sich gegen den Zimmererverband richtet, auf den Grund zu kommen.“

Also auch hier wieder der Vorwurf, die Leiter der beiden Verbände würden keinen Finger rühren, um den Zimmererverband vor einer „faulen Sache“ zu schützen. Wenn Bringmann damit sagen wollte, die genannten Kollegen hätten noch nichts unternommen, um die schon häufig von ihm (Bringmann) gelegten faulen Eier wegzuräumen und somit den Zimmererverband von dem Bringmannischen Stank zu befreien, so hat er allerdings recht; diese Arbeit zu verrichten haben sich unsere Kollegen noch nicht angemaßt. Aber Bringmann will sagen, er habe sie noch nie „im Verdacht gehabt“, daß sie den Zimmerern gegenüber jene Solidarität, wie man sie von Gesinnungsgenossen und Führern von Organisationen verwandter Berufsgruppen erwarten dürfte, betätigen würden. Da sagt Bringmann von sich freilich die Wahrheit; er hat wirklich noch nie etwas Gutes von den Maurern erwartet. Er war stets voller Mißtrauen und hat sich redlich bemüht, dies Mißtrauen seinem Wirkungsbereich mitzuteilen und so das ganze Verhältnis zwischen den beiden Organisationen zu vergiften. Und dies Bemühen ist leider nicht erfolglos geblieben.

Zur Charakteristik dieses Menschen gehört seine Stellungnahme zu dem Dresdener Schiedsprotokoll. Unser Verbandsvorstand hielt es für angemessen, den Verbandsrat einzuberufen, um dadurch dem Schiedsprotokoll mehr Autorität zu geben. Auch der erste Vorsitzende des Zimmererverbandes beabsichtigte die Einberufung seiner Verbandsgeneralversammlung, er drang aber mit seiner Ansicht nicht durch. Die Zimmerer beriefen also keinen Verbandsrat ein, sondern Vorstand und Ausschuß erließen — neben brieflich versandten Zirkularen — einen Aufruf, in dem die Mitglieder ersucht wurden, „zu den in den Schiedsprotokollen festgelegten Bedingungen in Arbeit zu treten“. Es sind die eigenen Angelegenheiten der Zimmerer, wie sie ihre Geschäfte erledigen wollen, wir mischen uns natürlich nicht dazwischen. Schließlich war die Art, wie man den Schiedsprotokoll autorisierte, ja auch nebensächlich, im Prinzip waren sich alle Organisationen darin einig, daß nun der Kampf zu Ende sein, der Schiedsprotokoll durchgeführt werden müsse.

Was tat nun aber der „Zimmerer“ oder vielmehr Bringmann? Die Nr. 27 des von ihm mißbrauchten Blattes ist ein wertvolles Dokument der moralischen Qualität dieses Mannes, der natürlich nur seiner Stellung, nicht seiner geistigen Bedeutung wegen unser Interesse erzwingt. Er wirft dem Maurer- und auch dem Bauhilfsarbeiterverbande vor, durch die Abhaltung des Verbandsstages und die dort erfolgte Autorisation des Schiedsprotokolls das Selbstbestimmungsrecht der Zweigvereine aufgehoben zu haben. Dadurch aber hätten diese beiden Verbände, es den Zimmerern un-

möglich gemacht, „bei den örtlichen Verhandlungen noch etwas über den Schiedsprotokoll hinaus zu erreichen“.

Das ist der Gipfel der infamsten Demagogie. Es widerstrebt uns, die Maßnahmen anderer Gewerkschaften zu kritisieren; wollen wir es, so könnten wir mit mindestens dem gleichen Recht vom Zimmererverbande behaupten, er habe das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder nicht geachtet, indem er den Abschluß der Bewegung ohne Abhaltung eines Verbandsstages herbeiführte. Aber es ist uns gar nicht eingefallen, dem Zimmererverband Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Bringmann allerdings war in seiner krankhaften Bosheit einfach unfähig, diese Bewegung vorübergehen zu lassen, ohne seine gewohnten Wubensstücke gegen den Maurerverband zu werfen. Was steckt überhaupt hinter dem Gerede Bringmanns von dem Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Organisationen? Das ergibt sich, wenn man damit seine Handlungen vergleicht. Bringmann hat sich ebenso wie die übrigen Arbeitervertreter an den zentralen Verhandlungen beteiligt, er hat in den Besprechungen der Arbeitervertreter ebenso wie alle übrigen den Standpunkt vertreten, daß der Schiedsprotokoll durchgeführt werden müsse — was soll also das Jonglieren mit dem Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Organisationen! Bringmann wußte, daß der Schiedsprotokoll als ein Ganzes galt; er konnte angenommen oder abgelehnt werden, aber stets nur als Ganzes; ihn in dreißig oder fünfzig Orten abzulehnen und in den andern Orten anzunehmen — worauf Bringmanns Gerede hinausläuft —, war einfach ausgeschlossen. Das wußte Bringmann so gut wie wir. Und wenn er darum den Vorwurf erhebt, Maurer und Bauhilfsarbeiter hätten auf ihrem gemeinsamen Verbandsstage das Selbstbestimmungsrecht ihrer Zweigvereine aufgehoben, so ist das eben Demagogie und eine Infamie obendrein, wenn man bedenkt, daß man im Zimmererverbande das besagte Selbstbestimmungsrecht ebenso wie wir behandeln mußte. Wenn Bringmann diese seine angeblichen Grundzüge ernstlich vertritt, so leugnet er damit eine zwanzigjährige Entwicklung unserer Organisationen und landet wieder an seinem Ausgangspunkte bei dem lokalistischen Prinzip.

Ein Wubensstück ist die Behauptung, die Zimmerer müßten nun mit dem Schiedsprotokoll zufrieden sein, weil ihm Maurer und Bauhilfsarbeiter auf ihrem gemeinsamen Verbandsstage zugestimmt hätten. Man muß die Frage aufwerfen: was hätten denn die Zimmerer noch tun können, wenn wir keinen Verbandsstag abgehalten hätten? Hätten sie etwa durch örtliche Kämpfe versuchen können, mehr zu erreichen? Das war natürlich ausgeschlossen; wenigstens hätte auch der Zentralvorstand der Zimmerer solche Streiks nicht unterstützen dürfen, wenn er nicht den ganzen Schiedsprotokoll über den Haufen werfen wollte. Was war denn möglich, um mehr als die Sätze des Schiedsprotokolls zu erreichen? Nichts weiter als der Versuch, bei den örtlichen Verhandlungen die Unternehmer zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. Weiter gab es keine Möglichkeit, und daß sie nicht ganz ausichtslos war, beweist das Ergebnis in Zwickau, wo bei den Verhandlungen eine Lohnerhöhung von 7 % statt 5 % vereinbart worden ist. Und diese Möglichkeit sollen wir durch unseren Verbandsrat und seine Abstimmung beseitigt haben! So behauptet Bringmann in Nr. 27 des „Zimmerer“ allen Ernstes! Er verfolgt damit sehr durchsichtige Zwecke. Wie bet uns, so gab es auch bei den Zimmerern sehr viele Mitglieder, die sich dem Schiedsprotokoll nicht fügten, sondern weiterkämpfen wollten. Statt nun, wie wir es taten, diesen Mitgliedern ins Gewissen zu reden, die Sonderinteressen ihres Ortes dem Gesamtinteresse der ganzen Kollegenchaft unterzuordnen, sagt Bring-

mann zu seinen Lesern: die Maurer sind schuld daran, daß ihr nicht mehr erreichen könnt. Aber nicht nur wegen ihres Verbandes — nein, wenn heute die Sachen für die Zimmerer so stehen, daß durch den Übergang vom Abwehrkampf zum Angriffskampf im gegenwärtigen Moment ein neuwertiger Erfolg nicht erzielt, wohl aber ihre Position wesentlich verschlechtert werden kann, so ist daran nicht nur der Verbandstag der Maurer, sondern auch ein Rückenangriff auf die Zimmerer schuld. Dieser „Rückenangriff“, das ist die Notiz in der „Bauwelt“, die Bringmann den Vorständen der Maurer und Bauhilfsarbeiter anhängt, hatte nach dem „Zimmerer“, d. h. nach Bringmann, „keinen andern Zweck, als die Absicht, das Unternehmertum gegen ein etwaiges partielles Vorgehen der Zimmerer oder gegen etwaige Geltendmachungen von Forderungen der Zimmerer bei den folgenden örtlichen Verhandlungen scharf zu machen“.

Uns ist noch keine größere Niedertracht vor die Augen gekommen als diese Leistung Bringmanns: zu zeigen, dem Zimmerer zu sagen, daß und warum sie sich dem Schiedssprüche fügen müssen, greift er zu dieser gewissenlosen Heberei; statt zu sagen, Kollegen, was der Schiedsspruch bringt, ist alles, was bei diesem großen Kampfe zu erreichen war, geht es euch nur genau an, was es ist — statt so zu sprechen, wirft er in die tiefgehende Unzufriedenheit die furchtbare Beschuldigung hinein: die Maurer und Bauhilfsarbeiter haben die Geschichte durch ihren Verbandstagsbeschluss verborgen und ihre Führer haben euch Zimmerer verraten, haben die Unternehmer gegen euch scharf gemacht, damit auch ihr euch fügen müßt! Für eure berechtigten Wünsche gilt das Wort: „Aus dem Dunkel slog der tödende Schaf!“ Nämlich aus dem Dunkel des Maurerverbandes, geleitet von Bömelburg usw.

Wir stehen vor dieser Niedertracht und fragen: Wie ist so etwas möglich? Aber diese Frage ist doch eigentlich leicht zu beantworten; bei Bringmann sind eben solche Gemeinheiten nicht nur möglich, sondern sie gehören zu seinem täglichen Brot. Er muß ersticken, wenn er nicht hin und wieder den Maurerverband mit einem Wadenstreich anfallen kann. Aber wie ist dieser Mensch in einer Arbeiterorganisation, an solch wichtiger Stelle möglich?

In der Nr. 29 des „Zimmerer“ stellt Bringmann sechs Fragen, auf die ihm die vier von ihm verdächtigsten Kollegen Antwort geben sollen. In der ersten Frage handelt es sich darum, „jene Person oder Personen festzustellen, welche während der ganzen Bewegung die irreführende Berichterstattung in der Tagespresse besorgt haben, mit der selbst Bömelburg nicht zufrieden zu sein in gemeinsamen Sitzungen vorgab.“

Wer das liest, glaubt natürlich, während der Bewegung habe eine geheime Presskammera im Dunkeln geessen und daraus gewöhnt, selbstverständlich nur mit dem Ziele, den Zimmererverband „durch die Gasse zu ziehen“. Hier offenbart sich nun wieder der ganze Bringmann. Er kennt nämlich „jene Personen“; denn er ist mit in der gemeinsamen Sitzung gewesen, in der „jene Personen“ damit beauftragt wurden. Von einer Unzufriedenheit mit deren Tätigkeit war aber nur in der Sitzung die Rede, daß nicht genug geschrieben wurde. Das ist natürlich, weil „jene Personen“ auch

nach so nebenbei den „Grundstein“ zu redigieren und noch so manches andere zu besorgen hatten. Aber wunderbar: während der ganzen langen Bewegung hat Bringmann auch nicht ein Wort über die angeblich irreführende Berichterstattung verstanden lassen, obwohl er mehrere Male mit „jenen Personen“ zusammen war! Wenn er etwas an der Berichterstattung zu beanstanden hatte, warum ist er nicht mit seinen Beschwerden hervorgetreten? Warum hat er diese angeblich irreführende Berichterstattung zehn Wochen hindurch gesehen lassen, ohne „einzugreifen“? Aber mehr: warum sagt er uns nicht, worin das Irreführende der Berichterstattung besteht? Warum? — weil es ihm, wie immer so auch jetzt, nur darum zu tun ist, dunkle, vieldeutige Verdächtigungen auszustreuen, damit er, wenn man ihn beim Stragen faßt, sagen kann: Was wollt ihr denn nur von mir, ich habe doch nichts gesagt! Das ist Bringmann und sein System der insamen Niedertracht.

Allerdings fällt es schwer, an ein System, und sei es auch an ein System der Niedertracht, bei Bringmann zu glauben. Wer jemals eine längere Unterhaltung über schwierigeren Fragen mit ihm hatte, wird sich im Stillen über die konfuse Gedanken dieses Menschen gewundert haben. Selbstverständlich lassen auch seine Artikel sehr häufig einen solchen Eindruck zurück. Es ist geradezu frapierend, wie er oft bei ganz klaren Gedankenreihen auf halbem Wege stehen bleibt, sich in irgendeine belanglose Nebensache verbeißt und schließlich ganz von der Hauptsache abgerät; oder wie er über sehr einfache und absolut nicht strittige Fragen in dunkeln Sinnsprüchen fabuliert und dadurch die klarste Sachlage verwirrt; oder wie er sich in irgend einen Satz, der ihm gefällt, so sehr verliebt, daß er ihn in sechs und mehr Nummern des „Zimmerer“ wiederholt. So geht es jetzt mit dem Freitragh-Zitat: „Aus dem Dunkel slog der tödende Schaf, aus dem Hinterhalt fielen die Streiche!“ Alles in allem, ein sonderbarer Heiliger, dem man eigentlich gar keine Systematik zutrauen möchte. Aber die Psychiatrie, die Wissenschaft von den Erkrankungen des Geistes, weiß längst, daß auch der krankhafte Wahn der Methode fähig ist. Und so hat auch Bringmann trotz seiner sehr kranken Psyche in seine Niedertracht eine bestimmte Methode gebracht.

Man könnte sich ihm gegenüber mit einem herzlichen Bebauern abfinden, und wir würden es sicher tun, wenn sich sein anormaler Zustand in Harmlosigkeiten äußerte, wenn er zum Beispiel versuchte, Kühnerfedern zu pflanzen oder ähnliche Dinge zu treiben, wie man sie von solchen Leuten zuweilen sieht. Aber die Krankheitsäußerungen bei Bringmann sind durchaus nicht harmlos, sie haben die schlimmste Wirkung gehabt, das Verhältnis zwischen zwei Organisationen, die eng aufeinander angewiesen sind, grünlich zu vergiften. — Kaum war über den Skandal von Stuttgart etwas Gras gewachsen, da sprang dieser neue Krater auf. Und seine Wirkung wird natürlich die sein, daß das Zusammenarbeiten zwischen den Organisationen nicht nur an der Wirkungsstätte Bringmanns, sondern weit im Lande aufs empfindlichste erschwert wird. Die unheilvolle Tätigkeit Bringmanns hat den ganzen Zimmererverband mit wenigen Ausnahmen in den häßlichsten Mißtrauen gegen unsern Verband infiziert. Und gegen dies fressende Uebel müssen wir uns wehren. Auch im Interesse der Zimmerer selbst;

denn denen wird durch Bringmanns nichtswürdige Hege am allerwenigsten gedient. Ob es freilich etwas hilft, wagen wir trotz allem Optimismus nicht zu hoffen; aber schließlich wird und muß sich auch im Zimmererverband die Erkenntnis Bahn brechen, daß man es der gesamten Arbeiterbewegung gegenüber nicht länger verantworten kann, daß an einer so wichtigen Stelle, wie es die Redaktion des Verbandsorgans ist, ein Mann sitzt, dessen Treiben so weite Kreise die Frage aufwerfen läßt, ob man es hier mit Niedertracht oder Wahnsinn zu tun hat.

### Ein Unternehmerbeitrag zur Geschichte der Bewegung im Baugewerbe.

III.

Die Denkschrift der Berliner Unternehmer behandelt von den Forderungen des Bundes zunächst die, die Tarifverträge zentral, d. h. zwischen dem Arbeitgeberbunde und den Hauptvorständen der Gewerkschaften abzuschließen. Von Interesse ist hier zunächst die grundsätzliche Stellung des Berliner Verbandes zu der Idee des Reichstarifs; sie ist in folgenden Sätzen der Denkschrift enthalten: „Der aufmerksame Beobachter der Entwicklung, die die Tarifbewegung genommen hat, wird zu der Überzeugung kommen, daß der Entwicklungsgang der Tarifverträge in allen Gewerben, in denen sich für die verschiedenen Teile des Tarifhandels einseitige Normen aufstellen lassen, mit Notwendigkeit zur Zentralisation strebt. Die Voraussetzungen sind im Baugewerbe gegeben. Materiell ist ja das Vertragsmuster von 1908 bereits ein Reichstarif oder wenigstens ein recht bedeutender Ansat zum Reichstarif gewesen. Das Gerippe der Verträge war einheitlich festgelegt, nur die örtlichen Bestimmungen, allerdings die wesentlichen eines Tarifvertrages, waren örtlicher Regelung vorbehalten. Doch dies sollte ja auch bei den neuen Verträgen so bleiben. Wir erachten es also mit dem Deutschen Arbeitgeberbunde für einen Vorteil, wenn der Abschluß von Hauptverträgen zu Hauptverträgen erfolgte. Aber ebenso wie wir vor zehn Jahren die Entwicklung der Tarifverträge richtig erkannt haben, so sind wir jetzt der Überzeugung, daß der Reichstarif mit der Zeit ganz von selbst kommen wird. Was sich jetzt selbst durch einen ungeheuren und heftigen Kampf nicht erreichen läßt, fällt dem, der den Werbeprozess ruhig abwartet, wie eine reife Frucht in den Schoß.“

Sind aber jetzt überhaupt schon die Vorbedingungen für einen zentralen Vertrag vorhanden? fragt die Denkschrift weiter. Sie sagt dazu: Nein, auf beiden Seiten, bei den Gewerkschaften und bei dem Arbeitgeberbund fehlen sie noch. Was die Denkschrift dabei über die Gewerkschaften sagt, ist sehr schief gesehen, zum Teil völlig falsch. Ueber den Arbeitgeberbund schreibt sie: Würde sich ein großer Bezirksverband einen Vertrag vom Bunde vorschreiben lassen, mit dem er nicht zufrieden wäre? ... Es erscheint uns sehr zweifelhaft, ob der Bund die Macht besitzen würde, den Vertrag zur Anerkennung zu bringen.“ Der Bund sei noch nicht reif für einen Reichstarif, behauptet die Denkschrift. „Bei den Tarifverträgen ist alles auf die freiwillige Anerkennung der Organisationen gestellt, die den Vertrag durchführen und halten sollen. Zwang gibt es nicht, und wo er ausgeübt würde, würde er nimmermehr ein befriedigendes Verhältnis herbeiführen. Weder die Gewerkschaften noch der Arbeitgeberbund besitzen die Möglichkeit, einem

### Brüssel und seine Weltausstellung.

Plaudereien von W. Th.

II.

#### Aufbau der Ausstellung.

So sehr sich auch die Komitees bemühen, jeder neuen Weltausstellung ein neues Gepräge zu geben, und so sehr auch tatsächlich in Einzelheiten die Arrangements der verschiedenen Ausstellungen voneinander abweichen, so bringt es doch der gleiche Zweck der Ausstellungen von selbst mit sich, daß sie in ihrem Gesamtanbau dieselben Grundlinien einhalten. Wien hatte sich freilich 1873 die berühmte Notunde geleistet und Paris 1889 den 800 m hohen Eiffelturm als fähiges Wunder der Eisenkonstruktion. Beides steht heute noch. Einen ähnlichen Sonderbau weist allerdings Brüssel nicht auf. Dafür sind hier mit besonderer Vorliebe die Gartenanlagen behandelt worden.

Vom Hauptgang aus fällt der Blick auf die mächtige Fassade des belgischen Hauptpalastes. In fast überreichem mit Säulen, Stufen und Platten beladenem Renaissancestil streckt sich der Palast 200 m in die Länge. Da er sich auf der Höhe einer breiten Terrasse erhebt, macht er einen pompösen Eindruck. Hinter ihm und durch ihn bedeckt ziehen sich die breiten und tiefen Hallen der englischen und der französischen Ausstellungen hin in leichter, gefälliger Eisenkonstruktion, und alle mit Oberlicht versehen. Ferner gibt es in diesen Hallen nicht. Die Decken werden durch wagerechte geleigte oder herabhängende Steinwand- und Gasetreppen gebildet, etwa wie im Theater. Zehntausende Meter von leichten, weißen Webstoffen wurden aufgespannt, ehe die Harten und edigen eisernen Dachkonstruktionen der mächtigen Hallen verdeckt waren, und man muß sagen, daß die Steinwand

den gewaltig hohen Hallen eine gewisse Wärme und Weichheit verleiht.

Zwischen die französische Industriehalle und die allgemeine Maschinenhalle sind die kleineren Ausstellungen von Griechenland, Luxemburg, Schweiz, Oesterreich, Dänemark, Persien, Italien, der Vereinigten Staaten und der Türkei eingelagert worden. Kreuz und quer führen hier die Gänge, und wer zum ersten Male ein so weit sich erstreckendes Hallengeviert besucht, überpringt leicht ganze Viertel und meint trocken, er habe sich gewissenhaft alles angesehen. Riemlich 90 000 qm werden auf dieser Seite der Weltausstellung von zusammenhängenden Hallen bedeckt, die doch außen als eine einzige Halle erscheinen. Wer sich endlich durchgearbeitet hat, amert erleichtert auf, wenn er durch eines der Seitenportale ins Freie tritt und sein Auge über die prächtigen Gartenanlagen schweifen läßt, die sich hier quer durch das Ausstellungsgelände bis hinüber nach der Ostseite ziehen, von der aus uns der Turm des deutschen Hauses giebt. Der eine Teil der Gartenanlagen ist von Paris, der andere von Holland hergerichtet worden. Beide haben ihr bestes Geleist, und die gefälligen, farbenreichen Arrangements der Blumenbeete, die von Grastrassen unterbrochen sind, nehmen den Besucher gern ein Stündchen gefangen.

Daß die deutsche Abteilung in sich abgeschlossen ist, wurde bereits gesagt. Ihr Inhalt wird noch zu besprechen sein. Start ins Auge fallend sind die beiden gewaltigen Wüffel vor dem Hauptgang zur deutschen Maschinenhalle. Die Metallwarenfabrik Frankfurt a. M. hat sie herstellen lassen und damit gezeigt, daß die deutsche Industrie auch auf diesem Gebiete den Vergleich mit andern Ländern bequem aushält. — Hinter der deutschen Abteilung sind in reicher Anzahl Musterhäuser für Arbeiter und Arbeitermädchen errichtet worden, die unsere Aufmerksamkeit gleichfalls noch in Anspruch nehmen werden.

Daneben liegt der Platz der „Attraktionen“. Hier ist tolles Zeug zu sehen. Wasserbahnen, Mittelbreiter, sich brennende Häuser, Wahrsagepavillons, eine Treppengitterbahn, Bergbahnen, eine Zwerghahn, ein Spiegelpalast, ein Kasperletheater, ein orientalischer Zirkus, das lustige Haus, das lustige Rad, eine Wellenautomobilbahn, die Wasserrolle, eine Gleitbahn. Man staunt über das Raffinement, mit dem hier neue „Attraktionen“ ausgearbeitet worden sind zu dem Zwecke, die Besucher um 30 bis 50 Centimes oder auch um 1 Franc zu erleichtern. Nicht alle machen gute Geschäfte. Aber wer Glück mit seiner Erfindung hat und das Publikum heranzuziehen weiß, der verläßt als wohlhabender Mann die Ausstellung, denn täglich sind es viele Zehntausende, die das Eintrittsgeld von 1 Franc erlegen und die Ausstellung besuchen. Während die eigentlichen Ausstellungsräume jedem Besucher nach Erlegung des allgemeinen Eintrittsgeldes offen stehen, muß natürlich der Zutritt zu den „Attraktionen“ besonders bezahlt werden. Und man ist nicht präde im Gelbdrücken.

In reicher Abwechslung schließen sich an diesen Teil der Ausstellung Restaurationen der verschiedensten Art. Bier, Wein, Champagner, Limonaden — alles ist zu haben, was Herz und Magen begehren. Und nicht zu teuer. Das Münchner Bier herrscht vor. Man bekommt für 40 bis 50 Centimes (32 bis 40 s) ein halbes Liter. — Nach dem Hauptgangung zu reizen sich von hier aus Duzende von kleineren Pavillons an, an denen weltbekannte Eisens-, Schokoladen- oder andere Fabriken ihre Betriebe den Besuchern vorführen. Ein buntes Gewimmel, dem zu entschlüpfen die große Viehhalle Mit-Düffelhof oder das neben dem Hauptgangung liegende Brüssel-Bermesse mit seinen zahlreichen Erfrischungs- und Ausruhegelegenheiten einladet.

widerspenstigen Unterverbände einen Vertrag mit Gewalt aufzuwingen. Von unten heraus, aus den Reihen der Mitglieder muß sich die Meinung herausbilden, daß es bei den obwaltenden Verhältnissen am ratsamsten ist, die Regelung der neuen Arbeitsbedingungen vertrauensvoll den Führern zu überlassen. Davon sind wir heute noch weit entfernt."

Aber solch subtile Erörternngen, wie sie die Denkschrift anstellt, sind der Dreizehnerkommission beim Aufstellen dieser Forderung gar nicht in den Sinn gekommen: „Am die Einigkeit aufrecht zu erhalten, wurden alle Wünsche und Anträge aufgenommen, niemand dachte daran, seinen Antrag, von dem seiner Meinung nach, alles Heil zu erwarten war, aufzugeben.“ Und so war es auch mit der Forderung des zentralen Vertrages. Unschonend ist diese Forderung von Männen bekommen, wenigstens läßt das die Denkschrift vermuten. Das will uns nicht recht glaubhaft erscheinen. Wir glauben vielmehr, daß diese Idee schon vor zwei Jahren im Bundesvorstande vorhanden war, als Felsich in dessen Lastrage die im Jahre 1908 abgeschlossenen Verträge mit der Bedingung genehmigte, daß der Bund die abgeschlossenen Verträge als ein einheitliches Ganzes ansähe. Jedenfalls aber haben die Vorgesetzten der Münchener Unternehmer über angebliche Vertragsbrüche unserer Kollegen dazu beigetragen, daß man im Bunde ein Vertragsverhältnis anstrebte, wobei es möglich sein würde, wegen jedweder Verletzung des Vertrages in irgend einem Orte die sämtlichen Verträge aufzuheben. „Auf diese Weise konnte der Arbeitgeberbund einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ausüben. So argumentierten die Anhänger des zentralen Abschlusses. Die Interessengemeinschaft nahm den Gedanken mit großer Energie auf und agitierte für ihn auf allen ihren Versammlungen; sie bearbeitete die ihr zugänglichen Verbände mit solchem Nachdruck, daß schließlich fast der ganze Arbeitgeberbund fest davon überzeugt war, nur noch durch zentralen Abschluß dürften neue Verträge abgeschlossen werden."

Von dieser Idee rückt die Denkschrift recht deutlich ab: „Für den Berliner Verband war das ein recht zweifelhafter Fortschritt. Unsere Verträge würden auf diese Weise immer in der Luft geschwebt haben, denn das Recht, bei Vertragsbruch vom Vertrage zurückzutreten, mußte selbstverständlich auch den Gewerkschaften zustehen. Vertragsbrüche kommen auf beiden Seiten vor. Wie leicht wäre es für die Gewerkschaften, irgend einen Vertragsverstoß, dessen Verletzung in irgend einem kleinen undisziplinierten Verbände nicht gelingen will, aufzubauchen und daraus einen Bruch des Vertrages zu konstruieren, der zum Rücktritt berechtigt. Dann sängen eines Tages mitten in der besten Geschäftsperiode die Verträge auf. . . Der Zweck der Verträge, ruhige und feste Arbeitsbedingungen zu schaffen, würde so gänzlich illusorisch werden."

Nun folgt eine sehr interessante Mitteilung darüber, wie sich der Arbeitgeberbund das zentrale Schiedsgericht gedacht hat. Das sollte nämlich nach der Ansicht des Bundes lediglich die Fälle entscheiden, die sich aus dem Vertragsmuster als Streit ergaben, alle andern Entscheidungen sollten ihm entzogen sein, besonders sollte es nicht zur Entscheidung darüber berufen werden, ob infolge eines Vertragsbruches der gesamte Vertrag aufgehoben sei. Dies wollte die Bundesleitung allein entscheiden.

„Diese inneren Gründe“, sagt die Denkschrift, „die den Bund zu der Forderung des zentralen Vertrages veranlaßt hatten, wurden in den Verhandlungen mit den Arbeitern nicht berührt. Nach außen wurde nur der Wunsch vertreten, daß die Tarife in der Fortentwicklung der Grund-

lage von 1908 nunmehr in einheitlicher Weise zum Abschluß gebracht werden müßten.“ Gewiß! Der Offenheit gegenüber spielte man den sanftmütigen Krebiger des sozialen Friedens! Allerdings ist das den Herren schlecht bekommen. Die Arbeiterpresse hat nicht gefaselt und hat das faubere Planchen rechtzeitig aufgebaut.

Ueber die Forderung des Bundes, nach Belieben Stäffeln oder Durchschnittslöhne einführen zu können, sagt die Denkschrift, daß diese Forderung vom Bezirkverbande Rosen erhoben worden sei; man könne den Berliner Unternehmern doch nicht zumuten, auszusperren, damit in der Provinz Stäffeln eingeführt werden könnten, die überhaupt eine sehr zweifelhafte Ertragserschaft seien.

Sehr wenig Geschmack kann die Denkschrift den zu der Affordarbeit gestellten Forderungen des Bundes abgewinnen. Selbstverständlich sind die Berliner Unternehmer Anhänger der Affordarbeit, aber sie waren mit der bisherigen Vertragsbestimmung auch völlig zufrieden. „Wir erachteten die sogenannten Verschärfungen für höchst überflüssig. — Daß die Gewerkschaften einen Vertrag unterschreiben würden, der ihnen jeden Einfluß auf die Affordarbeit verlor, war für jeden, der über die Verhältnisse in den Arbeiterorganisationen einigermaßen unterrichtet war, einfach ausgeschlossen.“ Gäßen wir die Abschaffung der Affordarbeit gefordert, dann hätten sich die Berliner Unternehmer dem Vorgehen des Bundes ohne weiteres angeschlossen. „Es stellte sich aber bald heraus, daß die Gewerkschaften nicht darauf ausgingen, die Verringerung des gegenwärtigen Zustandes anzustreben, sondern die Regelung der Affordarbeit nur den örtlichen Verhandlungen vorzuziehen wünschten.“ Wegen der überhöhten Forderung des Bundes eine Aussperrung vorzunehmen, schließt die Denkschrift ebenfalls nicht in Betracht kommen. „In der Denkschrift ihre Ausführungen über die Aussperrung. Lebrigens ist auch die Anregung zu dieser Forderung vom südbayerischen Bezirkverbande gekommen."

In der allgemeinen Haltung zur Arbeiterbewegung, wie in der Stellungnahme zu den hier behandelten Streitfragen unterscheidet sich der Verband dadurch vom Arbeitgeberbunde, daß er sich fern zu halten weiß von jener sozialmachterischen Verbohrtheit. Es wäre aber nichtsdestoweniger berechtigt, wollte man in dem Berliner Verbände eine Unternehmerrorganisation sehen, die sich bewußt und beharrlich von einer aus hochentwickelter sozialer Einsicht stehenden Haltung vor den Rechten der Arbeit leiten ließe. Das zeigt sich besonders an dem Standpunkte, den die Denkschrift zu der Streitfrage des Arbeitsnachweises einnimmt. Auch hier wandeln die Berliner zwar nicht auf den Wegen des Bundes, aber ihr Standpunkt ist nicht weniger von der alten abgedroschenen Phrase, daß der Unternehmer Herr in seinem Betriebe sein müsse, beeinflusst. Was die Denkschrift zu dieser Frage sagt, ist nicht weniger arbeitserfindlich als die Beweggründe des Bundes, jedoch enthält es eine klügere Anwendung der arbeitserfindlichen Grundzüge. Die Denkschrift weist den Gedanken des paritätischen Arbeitsnachweises weit von sich: „Unbedingte Gegner des paritätischen Arbeitsnachweises, würden wir einer solchen Forderung den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen und sie gegebenenfalls auch durch eine allgemeine Aussperrung bis zum äußersten bekämpfen. Aber gerade weil wir Anhänger des unparitätischen Nachweises sind, legen wir den größten Wert darauf, daß unser Nachweis eine einseitige, uns allein angehende Einrichtung bleibt. Der Tarifvertrag beruht in allen seinen Teilen auf paritätischer Vereinbarung. Was

hat in ihm der Arbeitsnachweis zu suchen, den wir bei jeder Einmischung der Arbeitnehmer fernhalten wollen: Wir müssen die Aufnahme irgend welcher Bestimmungen über den Arbeitsnachweis in den Vertrag nicht nur als gänzlich unmöglich abweisen, sondern wir hätten sie geradezu für schädlich. Wir sind der Meinung, daß die Regelung des Arbeitsnachweises im Tarifvertrage den ersten Schritt zum paritätischen Nachweise bedeuten würde. In dem Augenblicke, wo der Arbeitsnachweis im Tarifvertrage enthalten ist, besteht theoretisch zweifellos die Möglichkeit, daß die Arbeiterorganisationen Streitigkeiten, die sich aus der Tätigkeit des Nachweises ergeben, vor die Schlichtungskommission bringen und durch paritätische Verhandlungen zu Entscheidungen zu bringen wünschen. Und von da al bis zur Kontrolle über die Verwaltung des Arbeitsnachweises ist nur noch ein Schritt. Das ist der einfachste Weg, zum paritätischen Nachweise zu gelangen. Alles dies ist dem Bunde durch unsere Vertreter zur Genüge vorgefallen worden."

Man sieht, dieser Standpunkt ist so gut arbeitserfindlich, wie er es nur sein kann. Was ihn von dem des Bundes unterscheidet, ist seine Logik. Nebenher muß man der Leitung des Berliner Verbandes zugestehen, daß sie in der ganzen Bewegung wie in den einzelnen Fragen einen sicheren Blick bewiesen hat. Das geht auch aus einigen Sätzen hervor, die erzählten, was wohl bei einem für den Bund günstigen Ausgange des Kampfes werden würde. „In unserer abtönenden Stellung wurden wir durch die Erwägung bestärkt, daß es dem Arbeitgeberbunde nicht gelingen würde, seine Forderungen selbst im Falle einer gelungenen Aussperrung durch einen neuen Tarifvertrag zur Anerkennung zu bringen. Man kann durch eine Aussperrung eine Forderung der Arbeiter niederrücken, man kann auch zweifellos durch einen siegreichen, lange dauern Kampf die einzelnen Arbeiter zwingen, zu den Bedingungen zu arbeiten, die ihnen vorgeschrieben werden. Ganz etwas anderes aber ist es, ob es möglich ist, die Gewerkschaften zu zwingen, Arbeitsbedingungen, denen die gesamte Arbeitererschaft aus prinzipiellen Gründen den heftigsten Widerstand entgegenbringt, nach verlorener Schlacht durch Tarifverträge zu sanktionieren. . . . In diesem Kampfe standen ganz allgemein die wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung zur Entscheidung. Soweit wir die Sache beurteilen können, hätten die Gewerkschaften daher lieber ihre Organisation in Trümmer gehen lassen, ehe sie das vom Arbeitgeberbunde geforderte Tarifmuster unterschrieben hätten. . . . Wir haben unsere Ansicht über das vorläufige Ergebnis der Aussperrung in den Beratungen des Bundes des öfteren ausgesprochen, aber keine Beachtung damit gefunden. Der Bund berief sich auf Zahlen. Er ging von dem Vermögen der Gewerkschaften aus, berief sich auf die Höhe der Unterstützung pro Woche und wollte auf diese Weise berechnen, wann das Geld zu Ende und die Arbeiter geschlagen sein würden. Natürlich ist Geld und nochmals Geld in modernen gewerblichen Kämpfen das erste Erfordernis zum Kriegsführen; daneben spielen aber Tausende von Zimponderabilien eine Rolle, ohne deren Berücksichtigung die Rechnung nur auf schwachen Füßen steht."

Wenn die Fritz, Fellermeier und Komplizen nur halb soviel Einsicht gehabt hätten, wie die Leitung der Berliner Unternehmer, dann hätten sie dem Bunde seinen Keinsfall mit der Aussperrung ersparen können. Die Denkschrift geht dann weiter den Gründen nach, die den Bund zu seinem Vorgehen veranlaßten: „Wir finden sehr oft wiederkehrend die Behauptung, der Kampf werde geführt, um dem

**Bedeutung der Weltausstellungen.**

Die bekannte Bezeichnung der Weltausstellungen als Weltfachmärkte ist nicht zutreffend. Denn wenn alle die Zukoten, die den Weltausstellungen den Jahrmarktscharakter verleihen könnten, wie die „Attraktionen“ und die weniger wertvollen Schaustellungen, weggelassen würden, so bliebe trotzdem der Wert der Ausstellung unperminiert. Die gebotenen Belustigungen und Zerstreuungen nimmt der Besucher gern mit in den Kauf, um sich nach Stunden ersten Studiums auszurufen; aber sie machen das Wesen der Weltausstellungen nicht aus. Dieses beruht vielmehr auf einem tieferen wirtschaftlichen Bedürfnis. Der Kapitalismus braucht eben die Weltausstellungen, und es ist kein Zufall, daß die erste wirkliche Weltausstellung vor 50 Jahren genau in die Zeit fällt, wo die kapitalistische Produktionsweise bis zu dem Reifegrade gelangt war, daß sie sich den Weltmarkt dienstbar machen mußte. Seitdem haben in unregelmäßigen Zeitabständen dergleichen internationale Ausstellungen stattgefunden, und die letzte in Brüssel wird nicht die letzte sein. Obwohl die meisten Weltausstellungen mit unabweisendem Defizit abgeschlossen haben, werden immer wieder neue arrangiert, weil sie eben noch wirtschaftlich notwendig sind. Und der agitatörische Wert einer Weltausstellung ist für die leistungsfähigen Großbetriebe so bedeutend, daß die Unternehmer zwar nur mit Unlust die oft sehr beträchtlichen Zuschüsse aufwenden, die mit ihrer Teilnahme an einer Weltausstellung verbunden sind, daß sie sich aber gleichwohl nicht absteifen lassen, weil sie sonst der Konkurrenz das Feld überlassen würden. Auf der Weltausstellung kommt ebenso ein Wettstreit zwischen den gleichen Industrien der verschiedenen Länder zum Ausdruck, wie sie auch ein Bild gewährt über die gesamte gewerbliche, industrielle und künstlerische Entwicklung jedes Landes für sich. Urteile der Besucher, wie „Stalien hat sich diesmal gut herausgemacht,“ oder

„England scheint auf seinen Vorbeeren ausruhen zu wollen“, oder „Frankreich hat sich tüchtig angestrengt“, oder „Deutschland hat diesmal den Vogel abgeschossen“, hört man oft. Jedes Land wird demnach als wirtschaftlich einseitiges Gebilde aufgefaßt und ihm eine Genur erteilt. Andererseits wieder werden Vergleiche zwischen dem Entwicklungsstand einer bestimmten Industrie in den verschiedenen Ländern gezogen. „In den feinen Webwaren hat Belgien diesmal Frankreich überholt“, oder „in Wasserbauwerken hat Italien diesmal über Frankreich gesiegt und kommt fast an Deutschland heran“, oder „in der kunstschmelzbranche müssen wir anderen alle noch immer von Frankreich lernen.“ Diese und ähnliche Reden schlagen häufig an das Ohr. In der Regel wird mit bemerkenswerter Unparteilichkeit geurteilt. Offen wird auch von den Unterlegenen anerkannt, wenn ein anderes Land seit dem letzten internationalen Wettbewerbe besonders tüchtig geleistet hat. Wo mit dem bloßen „Weltfachmarkt“ nicht abgetan. Und einer kennt noch andern; einer sucht dem andern etwaige Vorteile abzulaufrchen und Mängel oder Fehler zu vermeiden, die er beim Konkurrenten beobachtet hat.

In Grunde handelt es sich also bei den Weltausstellungen für den Kapitalismus um eine herabnnt ernte Sache. Will die Industrie eines Landes nicht an die Wand gedrückt werden, so muß sie raslos an ihrer Vervollkommnung arbeiten. Neben den Vertaufenden, die ruhig von Saal zu Saal, von Halle zu Halle schreiten und sich ansehen, was zu sehen ist, bemerkt man nicht wenige, die nur die Darbietungen ihres speziellen Faches studieren und wochenlang immer nur dieselben Fällen aufsuchen, in denen sie für ihre Branche etwas zu erfassen glauben.

Da jedes Land nur solche Produkte ausstellen darf, die es selbst erzeugt, geben die Weltausstellungen ein ziemlich sicheres Barometer für den Gesamtstand der gewerblichen

und industriellen Entwicklung jedes Landes ab. Leider hat niemand die Möglichkeit, er müßte dem Monate dabei sein können, sich alle belebenden Darbietungen, die geboten werden, anzusehen zu machen. So haben beispielsweise Belgien und Holland neben Deutschland auf den Gebieten des Unterrichts und der sozialen Statistik, des Städtebaues usw. Tabellen und Uebersichten ausgestellt und ausgelegt, die man in dieser Vollständigkeit nicht wieder zu sehen bekommt, deren Durcharbeitung jedoch allein mehrere Wochen in Anspruch nehmen würde. Auch die Weltausstellungen entwickeln sich eben. Jede wiederholt, was an den vorangegangenen brauchbar und von dauerndem Werte war, und setzt etwas Neues hinzu. Noch keine bisherige Weltausstellung hat beispielsweise der Gesundheitspflege so große Aufmerksamkeit gewidmet wie Brüssel. Und wenn ich mich erinnere, was Wien 1873 auf den Gebieten der Gesundheitspflege oder des Unterrichts oder der Keramik bot, und es mit dem vergleiche, was heute in Brüssel zu sehen ist, da fällt der gewaltige Fortschritt scharf in die Augen.

Unternehmungen aus rein kapitalistischen Gründen und mit rein kapitalistischen Zielen bleiben: die Weltausstellungen allerdings unternimmt. Was auch noch so viel von sozialer Wohlfahrt in den Katalogen die Rede sein, mögen auch noch so faubere „Arbeiterhäuser“ zur Schau gestellt werden, wird der Ausstellungen ist, dem Kapitalismus Dienste zu leisten. In den Restaurants, die schloßweise über das Gelände der hiesigen Ausstellung verteilt sind, gibt es nahe an 1000 Kellner und Kellnerinnen. Nicht einer oder eine von ihnen erhält einen Pfennig Lohn; sie sind ohne Ausnahme auf die Krümteiler angewiesen. Verneinet die Ausstellung oder erweist ein solches Restaurant keine Anziehungskraft, so mögen die armen Kellner sehen, so sie bleiben. Der „Patron“ ist ihnen gegenüber aus nichts verpflichtet.

Arbeitgeber das Verfügungsrecht auf seiner Arbeitsstelle wieder zu verschaffen. ... Es mag an der engen Verbindung des Bundes mit den großen industriellen Verbänden gelegen haben, daß in diesem Kampfe das Wort vom „Herrn im Hause“ eine so große Bedeutung hatte. Die Industrie bekämpft Tarifgemeinschaften, das Baugewerbe erachtet sie für nützlich und notwendig. Es ist klar, daß so verschiedene Grundanschauungen allmählich viel Verwirrung und Unklarheiten über die Aufgaben und Maßnahmen bei den Organisationen des Baugewerbes im Gefolge haben mußten. Selbstverständlich muß der Arbeitgeber das Bestimmungsrecht auf seiner Arbeitsstelle haben. Aber wer Tarifverträge mit den Arbeitern abschließt, muß sich damit abfinden, daß diese auf die Innehaltung der Verträge Obacht geben und daß sie ihm darzulegen, wenn sie eine Verletzung des Vertrages für vorliegend erachten. Jede konstitutionelle Regelung der Arbeitsverhältnisse bedingt mit Notwendigkeit einen Verzicht auf gewisse selbstherrliche Rechte. Das kann indessen immer nur Bezug haben auf die Innehaltung des Vertrages, niemals auf das Recht des Arbeitgebers, auf seinem Bau nach Gutdünken über die Ausführung der Arbeiten, über seinen Betrieb zu disponieren. Was soll also das Verbot dem „Herrn im Hause“?

Dann sei von Bundesseite behauptet worden, der Kampf richte sich gegen die Sozialdemokratie: „Arbeitgeberverbände sind nicht dazu da, um politische Parteien zu bekämpfen. In gewerblichen Kämpfen kann es sich stets nur um wirtschaftliche Fragen handeln.“ Ebenso schlagfertig erwidert die Denkschrift das tendenziöse Gejammer, daß das Baugewerbe mit den alten Verträgen einfach nicht weiter arbeiten könne: „Der Bund hatte selbst den Arbeiterführern das beste Material gegen diese Anschauungen in die Hand gegeben. Er hatte im Herbst vorigen Jahres eine Statistik über die Tarifverträge aufgenommen, welche auch eine Zusammenstellung der Erfahrungen enthielt, die von den einzelnen Unterverbänden mit den Verträgen gemacht worden waren. Daraus ergab sich, daß die Erfahrungen der Unterverbände befriedigend, gut, zum Teil sogar sehr gut gewesen sind und daß es nur wenig Verbände gibt, welche dem Tarifverträge keinen Geschmack abgenommen hatten.“

„Man fragt sich“, so fährt die Denkschrift fort, „unter diesen Umständen immer wieder, wie ist es gekommen, daß der Deutsche Arbeitgeberbund sich allen unsern Gründen verschloß und starr auf seinen Forderungen beharrte?“ Darauf gibt die Denkschrift diese Antwort:

„Diese Erscheinung wird erst durch die Tatsache verständlich, daß einflußreiche Mitglieder des Vorstandes diesen Kampf von langer Hand vorbereitet und die Kampfstimmung unerbittlich geführt haben. Wir erwählten bereits des öfteren die sogenannte nordwestdeutsche Interessengemeinschaft, sie hat auf die Entwicklung der Verhältnisse im Deutschen Arbeitgeberbund unheimlich eingewirkt. Weniger die Organisation als die Person, die nominell zwar nicht den Vorsitz führte, im Deutschen Baugewerbe jedoch die Interessengemeinschaft verkörperte, trägt daran die Schuld. In der Interessengemeinschaft fand sich die innigste Fühlung mit der Großindustrie, von hier ging der Gedanke durch alle Teile Deutschlands: „Kein schwächliches Nachgeben, es werden nur Verträge angenommen, die unsere Bedingungen enthalten, sonst wird ausgesperrt.“ Hier wurde schon vor Jahren auf ein energisches Vorgehen im Jahre 1910 gedrungen, hier fiel in einer der Versammlungen das Wort: „Der Dreizehner-Kommission ist aufzugeben, dafür zu sorgen, daß der Vertrag in diesem Sinne (d. h. nur nach den Wünschen der Interessengemeinschaft) geändert wird. Er muß so lauten, daß ihn die Arbeiterführer nicht annehmen dürfen und deshalb zum Streik gezwungen werden.“ Wie ein roter Faden zieht sich durch die Protokolle der Interessengemeinschaft der Gedanke, daß im Jahre 1910 der Kampf unbedingt kommen werde. „Man werde dann anders dastehen als vor zwei Jahren, da man vieles gelernt habe, vor allen Dingen gelernt habe, die „Gefühlshuselei“ abzulegen.“ In vielen Versammlungen, welche die Interessengemeinschaft in verschiedenen Städten abhielt, wurde die Kampfstimmung großgezogen, und da es eine alte Sache ist, daß derjenige, welcher den Mund recht voll nimmt, und am meisten verspricht, auch die größte Gefolgschaft hat, so wuchs die Zahl der Verbände, die es mit der Interessengemeinschaft hielten, zuehends.“

Der Berliner Verband lehnte den Beitritt zu dieser Interessengemeinschaft ab, konnte aber nicht verhindern, daß diese selbst immer mächtiger wurde, den Bund immer mehr beeinflusste. Sie wurde eine „Rebenregierung“ im Bunde, hielt ihre Tagungen vor den Generalversammlungen des Bundes ab und brachte ihre fertigen Pläne dort zur Annahme. Was half es den Berlinern, daß ihr Vorsitzender in der Bundesleitung saß und dort sogar die schwerste Arbeit tun durfte — was er tat, wurde ihm von der Interessengemeinschaft diktiert:

„Dieser Zustand war für den Berliner Verband, dem seiner Größe, Zahl und Qualifikation seiner Mitglieder entsprechend als Vertretung der Reichshauptstadt in einem

Deutschen Arbeitgeberbund eine einflußreiche Stellung zukommen muß, auf die Dauer unerträglich. Die tatsächlichen Machtverhältnisse müssen in jedem Falle berücksichtigt werden, es geht nicht an, daß das Berliner Baugewerbe, welches eine Jahreslohnsumme aufbringt, die derjenigen zweier großen industriereichen Provinzen gleichkommt, bei den wichtigsten Fragen fortgesetzt majorisiert wird, noch dazu, wenn diese Majorisierung planmäßig und in ganz bestimmter Absicht verfolgt wird. Das darf ein Verband, der sich bemüht ist, seine Pflichten gegen das deutsche Baugewerbe stets an erster Stelle erfüllt zu haben, nicht über sich ergehen lassen. Hier mußte eine klare Scheidung erfolgen. Dem Berliner Baugewerbe ist der Entschluß, sich dem Vorgehen des Deutschen Arbeitgeberbundes nicht anzuschließen, keineswegs leicht geworden. Schweren Herzens haben wir uns von unsern Kollegen getrennt, mit denen wir durch viele Jahre Schulter an Schulter gekämpft hatten. Die Entwicklung der Ereignisse erforderte es indessen gebieterisch, und so mußte dieser Schritt getan werden. Wir hätten den Grundsatzen, die unser Verband seit seinem Bestehen verfolgt, ins Gesicht geschlagen, wenn wir uns dieser Aussperrung angeschlossen hätten, deren Notwendigkeit wir nicht anerkannten, die wir jedoch nach Lage der Dinge beim besten Willen nicht verhindern konnten.“

Als dann später, nach dem Scheitern des von der Regierung unternommenen Einigungsversuchs, der Bund die Schließung der Betriebe anordnete, erklärten die Vertreter des Berliner Verbandes, daß ihr Verband diesem Beschlusse nicht nachkommen, wegen nun mit den Arbeiterorganisationen in Verhandlungen treten würde, um einen neuen Vertrag für Berlin abzuschließen. Wenn dabei die Arbeiterforderungen stellen sollten, die eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuteten oder mit der Ehre und dem Ansehen des Berliner Verbandes unvereinbar seien, dann würde er dieser Forderungen wegen auspersperrt. Es ist bekannt, daß dann ein Vertrag auf Grund eines Schiedsspruches zustande kam, der den Berliner Maurern, Zimmerern, Bauarbeitern eine Lohnerhöhung von 5-3, den Einschälern eine solche von 7½-3 brachte. Bevor die Versammlung der Berliner Unternehmer dem Vertrage zustimmte, bearbeitete der Bund, insbesondere die Interessengemeinschaft, die Unternehmer durch allerlei demagogische Künste, um sie noch im letzten Augenblick zum Anschluß an die Aussperrung zu bewegen. Es half jedoch nicht, Feuer und seine Leute blieben oben.

Wie wird nun das Verhältnis zwischen den Berliner Unternehmern und dem Bunde in Zukunft sein? Die Generalversammlung des Bundes zu Halle hat unter dem Eindrucke der hier besprochenen Denkschrift beschlossen, den Verband der Baugeschäfte Berlins zum Austritt aus dem Bunde aufzufordern. Wahrscheinlich schließt zum Ausschluß die statutarischen Handhaben. Die Berliner haben darauf geantwortet, daß sie es für gut hielten, einstweilen noch im Bunde zu bleiben, doch haben die Vorstandsmitglieder des Berliner Verbandes die von ihnen versehenen Funktionen in der Leitung des Bundes eingestellt. Was weiter werden wird, muß man abwarten. Voraussetzungen werden die streitenden Brüder früher oder später wieder einig werden, aber etwas Zeit wird noch darüber vergehen. Ein williger und dauernder Bruch zwischen den beiden Organisationen erscheint uns undenkbar. Heute allerdings ist die Klüft sehr tief; aber sie trennt mehr die Personen als die Bestrebungen. Die Personen werden gehen und man wird schließlich entbeden, daß zwischen den Bestrebungen gar kein so großer Unterschied besteht. Denn früher oder später werden auch die Hitzköpfe im Bunde etwas vorsichtiger werden. Sie werden das Programm der Berliner akzeptieren, das den Schluß der Denkschrift bildet:

„Was aber auch immer geschehen mag, wir werden den für richtig erkannten Weg in unserm Verbände weiter beschreiten. Wir werden jederzeit entschlossen und tatkräftig für die Rechte des Arbeitgebers im Widerstreit der sozialen Interessen eintreten, die Organisation unseres Verbandes ausbauen und festigen, damit sie allen Stämmen der Zukunft Trost bieten kann. Wir werden aber auch ebenso entschieden an der ferneren Entwicklung des Tarifvertragswesens mitarbeiten, weil wir in ihm, soweit das zurecht überhaupt möglich ist, einen gewissen Ausgleich der Interessen der in letzter Linie immer aufeinander angewiesenen beiden Parteien des Arbeitsvertrages erkannt haben. Wir geben uns dabei nicht etwa irgend welchen Illusionen hin, als ob wir damit den sozialen Frieden herbeiführen könnten. Die tiefen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden durch Tarifverträge nicht aus der Welt geschafft werden. Aber der fortgesetzte, jedes Gewerbe vernichtende Kleinkrieg wird beseitigt, geordnete Zustände, gleichmäßige Lohn- und Arbeitsbedingungen treten an seine Stelle, kurz, es werden die Vorbedingungen geschaffen, unter denen ein Gewerbe wie das unsrige blühen und ge-

deihen kann, beiden zum Segen, den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern.“

Und warum sollten die Schachmacher des Bundes, wenn sie etwas gelernt haben, diesem Programm nicht beitreten — auf seinem Boden ist noch Platz genug für sie.

### Politische Umschau.

Vollständiges Einstellen der parlamentarischen Tätigkeit im Reichstage. — Zur Reichsversicherungsordnung. — Zum Arbeitskammergesetz. — Die Nationalliberalen und der schwarz-blaue Block. — Bürgerliche Parteien und Arbeiterkandidaturen. — Sozialdemokratie und Budgetbewilligungsrecht.

Nun sind die weiten Hallen des Reichstages völlig verödet, nachdem die Justizkommission und die Kommission für die Reichsversicherungsordnung ihre Beratungen abgebrochen und sich bis zum 20. September verabschiedet haben. Welche Kommissionen werden nach Ablauf ihrer Ferien bis zum Wiederzutritt des Plenums noch ein ganz erhebliches Stück Arbeit zu leisten haben, wenn die von ihnen zu erledigenden Vorlagen alsbald an das Haus gelangen sollen. In der Justizkommission waren die drei Vertreter der Sozialdemokratie fortgesetzt energisch bemüht, den Entwurf der Strafprozessordnung nach Möglichkeit zu verbessern, aber leider entspricht der Erfolg den aufgewandten Bemühungen nicht. Dasselbe ist von der Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Kommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung zu sagen. Hier ist es immer offenkundiger geworden, daß das Zentrum entschlossen ist, das Gesetz mit den schlimmsten Feinden jeder gesunden Sozialpolitik, mit den Konfervativen und Nationalliberalen, gegen die Sozialdemokraten und Fortschrittler zustande zu bringen. Das wird von liberalen Vätern, zum Beispiel von der „Märkischen Volkszeitung“, wohl offen zugegeben; wenn es auf den schwarz-blauen Block ankommt, so wird das Gesetz den Entwurf an Schlichtigkeit noch übertreffen. Die sozialdemokratische Partei hat im Verein mit den freien Gewerkschaften in dankenswerter Weise im ganzen Reiche eine Agitation zugunsten einer den berechtigten Interessen der Arbeiterklasse entsprechenden Ausgestaltung der Reichsversicherungsordnung ins Werk gesetzt. Hunderte von Versammlungen beschließen einmütig eine an die Reichsregierung und den Reichstag gerichtete Resolution, in der die Reformforderungen der Arbeiterschaft, auf die wir hier wohl nicht näher eingehen brauchen, in knapper und energischer Fassung formuliert sind.

Von besonderem sozialpolitischen Interesse für die Arbeiterschaft ist auch das offiziös bediente Korrespondenz über das Arbeitskammergesetz mitzuteilen, nämlich folgendes:

Die Reichstagskommission für das Arbeitskammergesetz hat bekanntlich zwei Beschlüsse gefaßt, die von der Reichsregierung als unannehmbar bezeichnet sind. Es ist dies einmal die Bestimmung, daß auch die Arbeiter der Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen den Arbeitskammern unterstellt werden sollen. Daß in dieser Frage die Regierung nachgibt, ist bei der Stellung der preussischen Regierung mit Rücksicht auf ihre Staatssektensbahnen gänzlich ausgeschlossen. Man hält es daher für möglich, daß der Reichstag diese Beschlüsse seiner Kommission im Plenum nicht aufrecht erhält, um nicht das ganze Gesetz hienan scheitern zu lassen. Dieses Entgegenkommen des Reichstages erscheint uns so eher möglich, wenn über den zweiten Punkt, die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, die von der Reichsregierung bisher grundfänglich abgelehnt ist, eine Verständigung erzielt würde. Nach Aufhebung der maßgebenden Stelle scheint es, als ob die Reichsregierung geneigt wäre, einen Vermittlungsvorschlag anzunehmen, der dahin geht, daß zwar bei den ersten Wahlen zu den Arbeitskammern die Arbeitersekretäre ausgeschlossen sein sollen, daß ihre Wahl jedoch bei allen weiteren Wahlen zulässig ist, sofern Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Kammer damit einverstanden sind.“

Für dieses mit den Interessen der Arbeiter unvereinbare Kompromiß werden natürlich die Sozialdemokraten nicht zu haben sein. Es kann keine selbstherrlichere und notwendiger Bestimmung geben als die, auch die Eisenbahnen dem Gesetz unterstellt. Das Zugeständnis der Wahl von Arbeitersekretären verliert durch die daran geknüpfte Bedingung jeden praktischen Wert. Wenig genug schon bietet das Arbeitskammergesetz den Arbeitern, und nun sollen auch die wenigen, mit vieler Mühe erreichten Verbesserungen in Wegfall kommen.

Außerdem ist noch von der inneren Politik zu melden, daß sich der Nationalliberalismus im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eifrig bemüht, sich dem Reichstanzler als „hündnisfähig“ zu erweisen. Im Wahlkreise Aachen-Schmelm, einer Hochburg der fortschrittlichen Volkspartei und der ehemalige Stammsitz Eugen Richters, erklärten sich die Nationalliberalen nur dann zu einem Zusammengehen mit der fortschrittlichen Volkspartei bereit, wenn sowohl ihnen als dem Zentrum und den Christlichsozialen ein „Mitbestimmungsrecht“ bei der Auswahl der Kandidaten eingeräumt würde. Besonders verheißungsvoll ist der Freisinn darüber, daß nicht unbedingt ein Anhänger ihrer Partei als einziger bürgerlicher Kandidat auf den Schild erhoben werden soll, man hat vielmehr von nationalliberaler Seite die Erklärung abgegeben, den Kandidaten „wenn möglich“ aus den Reihen der fortschrittlichen Volkspartei zu ernennen. Noch weniger schmachhaft wird letzteren ein solches Zugeständnis dadurch gemacht, daß von ihnen allerlei Zugeständnisse an die reaktionären Parteien in bezug auf die Befreiung der Landtagsmandate und kommunalpolitischer Anliegen verlangt werden. Nun, darin werden sich auch die Freisinniger täuschen, daß es ihnen allein gelingen könne, den alten Richterschen Wahlkreis den bürgerlichen Parteien zu erhalten. Die Sozialdemokratie marschiert auch hier gewaltig vorwärts. In den neun Jahren von 1895 bis 1907 hat sich ihre Stimmzahl fast verdoppelt (9080 auf 17.579), so daß hoffentlich von der nächsten Reichstags-

... auch dieser Kreis dauernd zum sicheren Besitz- stande der Sozialdemokratie gerechnet werden kann und damit allen wirtschaftlichen Erörterungen und Schmärgen innerhalb der bürgerlichen Parteien ein Ende bereitet wäre.

Das unter solchen Kabbalereien zwischen National- liberalen und Freisinnigen die „Einigung des Gesamt- liberalismus“ ins Reich der Illusion gehört, glauben wir in letzter Zeit von diesem parteipolitischen Organ alles schon angefangen worden ist, was auf den vielbesprochenen „Zug nach links“ gedeutet werden könnte. Daß dieser „Zug“ innerhalb der nationalliberalen Partei selbst der um seine Partei immerhin recht verdienstvolle, dem linken Flügel angehörende Führer Wassermann, der, ver- schiedenen Berichten zufolge, verärgerter und mißvergnügt sich aus dem politischen Leben zurückziehen wolle, zum Exter faller soll, mag zur Charakterisierung der Situation mitgeteilt werden. Die Bekämpfung der schwarz-blauen Gefahr hat eben nur vorübergehend in den Reihen nationalliberaler Führer gepulst und das genug ist man aus diesem Kampfe erwacht, der durch den im Volke bis tief in die bürgerlichen Kreise hineingehenden Drang nach Befreiung von dem reaktionären Junker- und Krassen- regiment bedingt wurde; man bezeugt offen seine Kartell- feindschaft und ist nur darauf bedacht, daß von dem ihm von den Konserverativen und dem Zentrum gemachten Vor- wurf zu reinigen, als „Schrittmacher der Sozialdemo- kratie“ bezeichnet zu werden.

Empfinden so die Führer der Nationalliberalen ein gelindes Grauen vor dem Anstich nach links, so ertönen zu gleicher Zeit von rechts her allerlei Rufe, die sich in dem einen befragen: Keine zurück, es ist dir alles ver- geben. Welches altnationalliberale Herz könnte da den Parteiführern von ehemals widerstehen, besonders wenn sich das Schärfmacherorgan, die „Post“, in heftigstem Widerspruch mit dem nunmehr seit einem Jahre über- zehnten ergeht? Die „Post“ erinnert an die Zeit, in der in wirtschaftspolitischen Fragen die Nationalliberalen mit den Reaktionsparteien freudig zusammenmarschierten. Und gerade in der nächsten Legislaturperiode werde Bes- schluss gefaßt werden müssen über die Fortführung unserer Zoll- und Handelspolitik gegenüber dem Auslande. Daß in diesen Fragen die nationalliberalen Schlotjunker mehr Berührungspunkte mit den Reaktionsären als mit der Linken haben, wird für die „Alten“ in der Partei wohl ausschlaggebend sein, kein zu enges Wahlbündnis mit der Fortschrittspartei einzugehen. Bald werden sie die Zeit vergessen haben, in der sie das Bedenken der unbeschränkten Herrschaft der vereinigten Ritter und Geisigen mit allen ihren kulturfeindlichen Wirkungen für eine „nationale Zeit“ hielten und die notwendige Konsequenz der jetzigen politischen Lage darin fanden, alle freisinnigen Elemente zur Niederdrückung der Reaktion zu sammeln.

Wenn den oben erwähnten Vorgängen in Hagen- Schwelm mag noch das in die Wege geleitete Wahl- abnehmen der Nationalliberalen mit dem Bund der Land- wirte in der Provinz Schleswig-Holstein zur Charakteri- sierung der Scheitern innerhalb der nationalliberalen Partei nach rechts Erwähnung finden. Zwar wird neuer- dings dieses Wortmann demerit, doch die Entwicklungs- tätigkeit der Nationalliberalen ist groß, und was noch nicht ist, kann bis zu den Reichstagswahlen noch werden. Bezeichnend bleibt doch immer, daß man dieser Partei ein solches Wahlbündnis zutraut. Die Lockrufe aus freikonserverativem und konservativem Lager werden in immer weiteren Kreisen der Nationalliberalen Gehör finden, und die Verführung kann sicher bald in aller Form vorgekommen werden.

Eine andere Sprache führen die Nationalliberalen in Süddeutschland. Der Prof. K. K. K. K., einer der einflussreichsten Führer der Partei im Süden, führte in einer Rede in Stuttgart aus, daß der Zusammen- schluß der Nationalliberalen mit den Konserverativen und dem Zentrum jetzt seinen politischen Selbstwille bedeuten würde, durch ein Bündnis mit diesen würden die National- liberalen in deren Fall mit vertrieben werden; deshalb propagiert er eifrig den Anstich nach links, ein Zu- sammengehen mit der Volkspartei, wobei ihm auch die Möglichkeit eines Wahlbündnisses mit den Sozialdemo- kraten vorschwebt. Es darf wohl gesagt werden, daß unter solchen Umständen mit der Möglichkeit einer Spaltung innerhalb des Nationalliberalismus gerechnet werden muß. Ohne Zweifel rechnet Herr Wassermann mit ihr, und des- halb mag er es als geraten erachten, sich vom politischen Leben zurückzuziehen. Es darf als sicher angenommen werden, daß die große Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion geneigt ist, auf ein Bündnis mit den Konserverativen und dem Zentrum einzugehen.

Als im vorigen Sommer der Wilow-Blod zusammen- gebrochen war, legte der nationalliberale Vizepräsident, Dr. Baasche, sein Amt nieder und in Würdigung der parla- mentarischen Situation verzichtete seine Fraktion darauf, dieses Amt wieder zu belegen. Nachher als zweiter Vize- präsident wurde dann der freikonserverative Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg. Dieser Herr hat nun auch das vor einem Jahre ihm förmlich aufgegebenen Vize- präsidentenamt niedergelegt, unter einer recht eigenartigen Motivierung. Er sagt, daß er im vorigen Jahre das Amt angenommen habe, um die Auslieferung aller drei Präsidialstühle an den schwarz-blauen Blod zu verhindern; seine Hoffnung sei gewesen, eine Wiederannäherung zwischen Konserverativen und Nationalliberalen zu ermög- lichen. Die Entwicklung der nationalliberalen Partei, be- züglich der Vorgänge bei den Nachwahlen, hätten jedoch eine „Vertiefung der Gegensätzlichkeit“ zwischen dem einfluss- reichen Konserverativen und Nationalliberalen zu ermög- lichen. Die Entwicklung der nationalliberalen Partei, be- züglich der Vorgänge bei den Nachwahlen, hätten jedoch eine „Vertiefung der Gegensätzlichkeit“ zwischen dem einfluss- reichen Konserverativen und Nationalliberalen zu ermög- lichen. Die Entwicklung der nationalliberalen Partei, be- züglich der Vorgänge bei den Nachwahlen, hätten jedoch eine „Vertiefung der Gegensätzlichkeit“ zwischen dem einfluss- reichen Konserverativen und Nationalliberalen zu ermög- lichen.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Prinz auch nicht wieder zum Reichstag kandidieren will. Das würde sehr verhängnisvoll für ihn sein; er ist bekanntlich unter dem Hochdruck der Wilow-Blodwahlen im Wahlkreise Gotha gewählt worden; der von 1893 bis 1897 sozialdemo- kratisch vertreten war; er mag einsehen, daß er diesen Kreis nicht nochmals „eroben“, daß ihn vielmehr die Sozialdemokratie zurückgewinnen wird. Und das wird wohl der Grund seiner Zurückziehung sein. Wenn dieser Prinz, einer der „Erbelben seiner Nation“ aus dem Reichstage verschwindet, so berührt das deutsche Volk gewiß nichts.

Bei ihren Versuchen, sich mit dem schwarz-blauen Blod auszuöhnen, verfehlen die Nationalliberalen übrigens auch nicht, sich herabzubewegen der Fortschritt- lichen Volkspartei anzunehmen. Die politisch völlig korrupte „National. Korresp.“ richtet an diese Partei die Mahnung, sich vorzusehen, nicht mit den Sozialdemo- kraten zusammenzugehen, wenn sie nicht Massen ihrer Anhänger an die Umfurtpartei verlieren wolle. Jede Unterfertigung eines Sozialdemokraten bei den Wahlen sei ein „Schritt ins eigene Fleisch“. Aus dieser Mahnung spricht eine gründliche Verurteilung der Tatsachen. Wes- halb wenden sich alle wirklich noch freisinnigen Elemente der Sozialdemokratie zu? Weil die Erfahrung sie lehrt, daß das die einzige Partei ist, die unentwegt energisch für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes und gegen das Unheil der Reaktion kämpft. Ohne die Sozial- demokratie gibt es keine Möglichkeit, dieses Unheil zu überwinden.

Zeiten, wie die gegenwärtigen, richten Not und Verwirrung in den Reihen der „Staatsverhaltenden“ Elemente an. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat sie nun auch zu dem Entschluß gebracht, für die kommen- den Reichstagswahlen „in bemerktem Maße Arbeiter als Kandidaten aufstellen zu wollen“. Die National- liberalen bedenken solche Kandidaten in Duisburg und Bochum zu benennen. Die „Hof- und Dunderbüchse“ Gewerkschaften haben von der Fortschrittlichen Volkspartei ver- langt, daß in einigen ausfallreichen Kreisen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden. Auch die Konserverativen haben bekanntlich für die bevorstehende Erwahlung in Frankfurt a. d. O. einen Arbeiterkandidaten auf den Schild erhoben.

Das ist eine recht dumme Spekulation; man hofft damit Eindruck auf weitere Arbeiterkreise zu machen; aber die ordnungspolitischen Arbeiterkandidaturen werden nur aufgestellt in solchen Kreisen; in denen sie unmöglich seien können. Es fällt den bürgerlichen Parteien gar nicht ein, in Kreisen, die ihnen sicher sind, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen.

Der famose Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie leistet sich einen ganz beson- deren Humbug, mit einem Beteiligter, der bewacht, einen Zusammenstoß der sogenannten „nationalen Ar- beiter“ herbeizuführen. Nach einem Gejammer über das Unwachen der Sozialdemokratie und ihres Einflusses heißt es: „Die etwa zwei Millionen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter über auf die nicht- sozialdemokratisch organisierten fast neun Millionen ge- werkschafter Arbeiter einen unerträglichen Zwang aus. ... Die nationalen Arbeiter können aus eigener Kraft gegen die stumpellose vorgehende Sozialdemokratie nicht mehr aufkommen. Es ist daher die Pflicht aller patriotischen Deutschen, die nationalen Arbeiter in ihrem schweren Kampfe gegen die Sozialdemokratie opfer- willig zu unterstützen.“

Also die sogenannten „nationalen“ Arbeiter sind in „gewaltiger Leberzahl“; sie sollen die bösen Sozialdemo- kraten erdrücken. Man könnte sagen, es sei eine freche Verhöhnung der Arbeiter; aber dieser ordnungspolitische Insult ist wirklich so dumm, als daß er ernst genommen werden könnte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich auch wieder mit einem besonderen Ereignis abgefunden, das sowohl der Parteipresse als auch der bürgerlichen Presse Stoff zu Betrachtungen bietet. Die sozialdemokratischen Mitglieder der badischen Kammer haben für das Budget gestimmt und diese Abstimmung mit notwendigen Rücksichten auf die besonderen politischen Verhältnisse motiviert. Der Parteivorstand hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Land- tages hat den Parteivorstand von ihrer Absicht, für das Budget zu stimmen, in keiner Weise in Kenntnis gesetzt.

Der Parteivorstand bedauert das die Interessen der Gesamtpartei schädigende Vorgehen der Landtags- fraktion der badischen Sozialdemokratie und sieht darin eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei.

Der Parteitag wird den Genossen Gelegenheit geben, sich zur Haltung der sozialdemokratischen Landtags- fraktion äußern zu können.

Der jahrelange Streit über die Budgetbewilligung ist also durch die betreffenden Beschlüsse des Münchberger Parteitag nicht beseitigt worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er auch den diesjährigen Parteitag wieder beschäftigen wird. Wir wünschen, daß diese neuen Diffe- renzen so ruhig und so objektiv wie nur möglich erörtert werden. Vorläufig unterlassen wir es, näher auf sie einzugehen; es erscheint uns doch nötig, zunächst noch abzu- warten, wie die Angegriffenen ihr Verhalten des näheren zu rechtfertigen versuchen werden.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

#### Deutschland:

#### Maurer:

- Bobra-Rotenburg (Streik).
- Buxtehude (Sperrung über Spark und Pltschke).
- Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhsbüttel).

Stassfurt (Sperrung über H. Schmidt in Förderstedt).

Wendelstein (Sperrung über Eckensteiner).

#### Isolierer und Steinholzleger:

Aachen (Sperrung über Schlenker & Baum).

#### Fliesenleger:

Malland (Sperrung über alle von der Firma Villeroy & Boch in Italien auszuführenden Arbeiten).

#### Oesterreich:

Bosnien, Friedland, Grussbach, Hohenelbe, Jaroslau, Przemysl, Serajewo (Streik), Tsas.

#### Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Cughaven, Emden, Oldenburg und Vegesack haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Arbeitsgelegenheit: Vom Zweigverein Hagen i. W. wird Zugang von Verbandskollegen gewünscht. Man melde sich im Verbandsbureau, Cölnerstr. 3, 2. St., „Neue Welt“. In Schleswig zureichende Kollegen sollen sich bevor sie Arbeit suchen, beim Vorsitzenden, Frodermann, Schulstr. 47, melden.

#### Gau Cöln.

Die Tarifverhandlungen im Gau Cöln sind erledigt. In der Rheinprovinz haben wir drei Verträge ab- geschlossen, und zwar für das bergische Land, um- fassend die Zweigvereine Warmen-Eibersfeld, Rem- scheld, Solingen und Wermelskirchen; für die mittlere Rheinprovinz, umfassend die Zwei- vereine Kaden, Bonn, Cöln, Düren und Gum- mersbach; für das niederrheinische Gebiet, umfassend die Zweigvereine Crefeld, Düsseldorf und Gilden. Außerdem ist unser Zweigverein Siegen an dem Bezugsverträge für Hagen beteiligt. — Bei den Verhandlungen wurde insbesondere von den Kollegen der Großstädte der Versuch gemacht, die durch die Dresdner Schiedsprüche geschaffene Ungerechtigkeit im Lohn wieder zu beseitigen. Wir stützten uns auf die Begründung des Schiedsgerichtes über die Lohnherabsetzung, wo es unter- andern in bezug auf die idematische Regelung der Lohnhöhe und die Ablehnung von Teuerungszulagen durch das Schiedsgericht heißt:

„Konnte danach das Schiedsgericht aus diesen Gründen die örtlichen Verhältnisse bei seiner Entschcheidung nicht berücksichtigen, so hat es keineswegs bekannt, daß hierin ein sehr erheblicher Mangel der ganzen Regelung liegt, der nicht nur bei künftigen Festsetzungen ernsther Berücksichtigung und Abhilfe bedarf, sondern zu dessen Ab- schwächung schon jetzt einige ausgleichende Maßnahmen vorgezogen werden müssen.“

Die Unternehmer lehnten indes jede Erhöhung der Löhne über die Schiedsprüche hinaus ab. Die drei Einigungsamtsvorsitzenden von Warmen, Cöln und Effen, die zur Leitung der Verhandlungen in allen Vertragsgebieten beauftragt waren, ließen sich leider nicht davon überzeugen, daß die zweite Instanz, das Einigungsamt, hierüber einen Entschluß fällen könnte. Die Herren legten den Dresdner Schiedspruch und die von uns angezogene Begründung so aus, als seien solche ausgleichende Maßnahmen nur möglich, wenn sich beide Parteien (Unternehmer und Ar- beiter) darüber verständigten. Danach entschieden auch die Einigungsämter gegen die Stimmen der Arbeiter- vertreter, daß die geforderte weitere Erhöhung des Lohnes für die großen Städte abgelehnt werden müsse. Dann machten wir noch auf den Inhalt im Protokoll des Dres- dener Schiedsgerichtes aufmerksam, wonach das Schieds- gericht auf Antrag Schrabers den Organisationen empfahl, bei den örtlichen Verhandlungen etwa bestehende Mißstände zwischen Maurern und Zimmerern im Lohn und in der Arbeitszeit sichtlich auszugleichen. Wir haben diese Unterschiede in Warmen-Eibersfeld, wo die Zimmerer 3 3, in Düsseldorf und Solingen, wo die Zimmerer 7 3, in Cöln, wo die Zimmerer 4 3, und in Remscheid, wo die Zimmerer 2 3 höheren Lohn bekommen. Auch hier lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab, so daß es bei den unterschiedlichen Löhnen verbleibt. Diese ungerechten Zustände sollen also für die ganze Vertragsdauer bestehen bleiben. Man kann es den Maurern nachfühlen, daß sie unter solchen Umständen erbittert sind. Die Erbitterung hatte ja in Düsseldorf bereits zum Streik geführt. Die Kollegen haben den Streik jedoch nach achtstägiger Dauer wieder aufgehoben, weil sie zu der Einsicht kamen, daß man im Interesse der Gesamtkollegenchaft in Deutschland die Erzeugnisse der Organisation nicht in Frage stellen darf. Ueber die Erbitterung ist geschrieben, und zwar nicht nur in Düsseldorf, sondern auch in Cöln und den bergischen Städten. Wenn die Unternehmer den Arbeitern nicht nachträglich noch ein weiteres Entgegenkommen zeigen, dann dürfte mit der Zeit ein für beide Teile außerst un- erquicklicher Zustand herbeigeführt werden. Wer hier Wind fäet, wird Sturm ernten. Es scheint auch, als ob die Düsseldorfener Unternehmer diese Einsicht hätten, wenigstens

wird mitgeteilt, daß ein großer Teil von ihnen den Maurern höhere Löhne zahlt. Soffentlich folgen die Unternehmer in den andern Städten diesem vernünftigen Beispiel.

Bei den übrigen Vertragsbestimmungen haben wir noch einige Verbesserungen erzielt. So wird jetzt für die ganze Rheinprovinz ein Ueberstundenzuschlag von 15 % bezahlt (bisher mit Ausnahme von Köln 10 %). Die Sonntagsarbeit, die bisher von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends galt, gilt jetzt bis 12 Uhr abends. Vor Ostern und Pfingsten war bisher zwei Stunden früher Feierabend, jetzt ist mit Einschluß von Weihnachten um 4 Uhr Schluß. Ueberall ist die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt, und zwar findet sie am Freitag statt. Auch die Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sind nach unsern Wünschen geregelt. Ebenso der Paragraph, der von der Schlichtung von Streitigkeiten handelt. Zum Lohngebiet Barmen-Elberfeld ist Gruitzen hinzugekommen, zu Wermelskirchen Born, Hilgen und Burscheid, zu Köln die Bürgermeistereien Ronhof und Merheim ohne die Orte Thurn-Debrüdt. Für Hilden sind 9 1/2 Lohn-erhöhung und die neunehalfstündige Arbeitszeit bewilligt, für Biersen 8 1/2. Bekanntlich wurde im vorigen Jahr in beiden Orten 22 resp. 23 Wochen gestreikt; leider damals ohne Erfolg. Die Biersener Unternehmer haben ihren Vertragsbruch von 1908 wieder heimgezahlt bekommen. Sie müssen die 3 1/2, die sie 1908 nicht bezahlten wollten, jetzt samt den neuen 5 1/2 bezahlen.

Alles in allem können wir mit dem Resultat der Verhandlungen, soweit die gesamte Fassung der Verträge und auch die materiellen Erfolge in Betracht kommen, zufrieden sein. Würden wir in den obengenannten großen Städten noch 2 1/2 mehr bekommen haben, dann würde auch nirgends eine Mißstimmung vorhanden sein. Daß wir sie nicht bekommen haben, darf kein Grund sein, der Organisation etwas nachzutragen. Im Gegenteil: hätten wir sie in diesem Jahre nicht gehabt, dann hätten wir natürlich überhaupt keine Erfolge gehabt und es wäre uns auch das vorher Erungene wieder verloren gegangen. Das größtmögliche Bauprojektum hätte uns in Rheinland wieder in die Zeit von 1901 zurückgeworfen, wo wir bei Einrichtung des Gaues Köln in allen Orten die trübseligsten Zustände hatten.

Augenblicklich sind bei uns die Lumpensammler am Wert, um die Abfälle der Bewegung einzusuchen. Die anarcho-sozialistische Freie Vereinigung, die „revolutionären“ und die „reformistischen“ anarchitischen Föderationen und die Titel dieser Marodeure alle heißen, glauben, sich die Erbitterung in den Kollegentreifen zunutze machen zu können, um Mitglieder zu fangen. Bis jetzt ist es ihnen noch nicht gelungen. Wir haben auch die Ueberzeugung, daß es diesen Schwadronieren in der Folgezeit nicht gelingen wird, eine größere Anzahl Bauarbeiter mit ihren Singepfeifen dem Generalfreistrit usw. zu betören. Die gesunde Vernunft wird unsern Kollegen sagen, daß mit solchen separatistischen Eigenbrödeln der Arbeiterklasse niemals gedient sein kann. Diese Leute bekämpfen nicht den Gegner der Arbeiterklasse, die Ausbeutergesellschaft, sondern sie kämpfen nur gegen die Organisation der Arbeiter, die allein dem Unternehmen Erfolge abzurufen gewillt und imstande ist. Sie sind im wahren Sinne des Wortes Verräter an der Arbeiterklasse. Gegen solche unsauberen Elemente innerhalb der Arbeiterfreie müssen alle vernünftig denkenden Kollegen aufstehen, überall muß die Losung lauten: Wieder mit den Verrätern.

Kollegen, Maurer des Rheinlandes! In zweieinhalb Jahren stehen wir wieder vor neuen Vertragsverhandlungen. Schafft tatkräftig mit am Ausbau und an der Befestigung unserer Organisation im Gau Köln. Seit Weistehen des Gaues haben wir wesentliche Verbesserungen für die gesamte Maurerschaft erzielt. Sorgen wir durch tatkräftiges Mitwirken im Verbandsdafür, daß dies in den folgenden Jahren weiter möglich ist. Kein Unorganisiertes sei auf den Arbeitsplätzen, alle seien gute Mitglieder und Streiter im Maurerverband!

Gau Leipzig.

Aus Wurgstädt wird uns mitgeteilt: In einer gemeinsamen Versammlung aller Bauarbeiter berichtete am 11. Juli Kollege Schneider über die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Roth stattgefundenen Einigungs-verhandlungen. Die Unternehmer zeigten erst Entgegenkommen, als die Verhandlungskommission der Arbeiter drohte, die Stellen entscheiden zu lassen. Nach etwa vierstündiger Sitzung kam folgender Vergleich zustande: Der Stundenlohn wird sofort von 45 auf 47 1/2 erhöht, am 1. Oktober d. J. beträgt er 48 1/2 und am 1. April 1911 50 1/2 für Maurer und Zimmerer. Lastenträger erhalten sofort 50 1/2, am 1. April 1911 52 1/2 pro Stunde. Die übrigen Hilfsarbeiter erhalten 8 1/2 weniger pro Stunde, mit der gleichen Staffelung wie bei den Maurern. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Für Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- und Wasserarbeiten gibt es pro Stunde 10 1/2 Zuschlag. Der Vertrag gilt bis 1. April 1913. Nach lebhafter Aussprache stimmte die Versammlung den Bestimmungen einstimmig zu.

Gau Nürnberg.

In Wendelstein hat uns nur ein einziger Unternehmer auf unsere Forderung eine Antwort gegeben, und zwar jener, der bereits den geforderten Lohn bezahlt. Daraufhin wurde eine Kommission mit dem Gauratspräsidenten bei dem Unternehmer Geden ein persönliches Gespräch. Aber auch hier zeigte sich der Unternehmer seiner Belohnung zugänglich und lehnte jedes Entgegenkommen ab, worauf die Kollegen einstimmig die Arbeitseinstellung beschlossen. Auf den Wäuten des Herrn Gedenkneiter arbeitet nur dessen Schwager und sein Sohn. Die beiden andern Unternehmer, die für den dortigen Bezirk noch in Frage kommen, wohnen außerhalb Wendelsteins, und da gegenwärtig bei diesen für uns die Verhältnisse etwas ungünstig liegen, so soll dort noch etwas gemarktet werden.

Börsartige Schiedung der Münchner Schornmacher.

Obwohl es in München nicht an Arbeitskräften mangelt, versuchen die Unternehmer, Maurer und Bauhilfsarbeiter aus dem Auslande nach München zu ziehen. In österreichischen und schweizerischen Zeitungen finden wir Anzeigen, daß Bauarbeiter in München Arbeit finden könnten. Hinter diesen Anzeigen steht eine sehr unlautere Absicht. Der Münchner Arbeitsmarkt zeigt keinen Mangel an Arbeitskräften. Unsere Zweigvereinsleitung hat selbst dafür gesorgt, daß Verbandskollegen nach München kamen, um die Wäuten zu besetzen. Den Unternehmern ist es darum zu tun, eine größere Anzahl beschäftigungsloser Bauarbeiter in München zu haben, um dadurch ihren Arbeitsnachweis zu stärken, der bisher bedeutungslos geblieben ist. Unsere ausländischen Kollegen mögen das beachten; man will sie nur darum nach München locken, um unsern Münchener Kollegen das Joch des Maßregelungsbureaus aufzuzwingen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Rechtschutz, Unterfütungen. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß allen Anträgen auf Rechtschutz und Unterfütungen das Mitgliedsbuch und die Aussperrungs-Kontrollkarte des betreffenden Kollegen beigefügt sein müssen. Nebenfalls muß die Kontrollkarte so lange mit eingepandt werden, bis das Mitgliedsbuch durch die Schlußmarke für treue Pflichterfüllung als vollständig kennlich gemacht worden ist. Zweigvereinsvorsitzende, die in der letzten Zeit Anträge an den Verbandsvorstand gerichtet und, nur die Mitgliedsbücher der Mitglieder eingepandt haben, müssen also schleunigst die Kontrollkarte nachsenden, da sonst ihre Anträge nicht erledigt werden.

Stempelgeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Will den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsitzende zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Stempelurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfütung auszugeben ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 4. bis 20. Juli für folgende Mitglieder erteilt:

- Wihl. Poier - Neumammsdorf, Verb. - Nr. 409 118; Fritz Munnenberg - Silberheim, 396 884; Fr. Dobberrisch - Berlin, 3284; Karl Schaper-Dannover, 495 076; Joach. Grell - Neuen-gamme, 89 669; Joh. Sacker-Binneberg, 94 016; Wihl. Köhler-Leipzig, 87 025; S. Tenes-Boizenburg, 115 808; Joh. Grögers-Dresden (Frau), 255 149; Paul Hering - Dresden (Frau), 189 275; Heinz. Scheuing-Melle (Frau), 336 052; Michael Schubert-Meltingen (Frau), 129 781; J. G. Mayer-Waldbrunn (Frau), 106 012; Wihl. Keiper-Mainz (Frau), 40 749; Wam Werner-Sof a. d. S., 78 524; Max Wulfsch-Dresden, 161 687; Karl Klumbernusch - Gr.-Molten, 75 185; Ludwig Bornhöfer-Ansbach, 51 161; R. M. Tronic-Dresden, 182 607; Joh. Tiefenmoyer - Minden, 125 109; Joh. Huse - Augsburg, 493 703; Fritz Hirt-Orgau, 73 179; Carl Wellmann-Nirom, 264 609; Ernst Steffen - Mühlhausen i. Th., 87 888; Hugo Schumann - Chemnitz, 241 527; Wihl. Seifert - Grimnitzheim, 59 148; Karl Kern - Neulinden, 428 566; Bernhard Fritz Frankfurt a. M. (Frau), 306 195; Franz Kemmer-Königs (Frau), 121 037; Wihl. Hermann-Neufloster (Frau), 185 951; Gustav Heine-Brandenburg (Frau), 55 356; Gustav Reiffsch-Brandenburg (Frau), 114 459; Andr. Schmiedel-Minden a. d. W., 91 276; Herrn. Winter-Deffau (Frau), 143 653; Fred. Glöckel, 91 276; Herrn. Schmitt, 91 276; Herr. Haffel-Gronau (Frau), 180 592; Seb. Papp-Trammeln (Frau), 248 798; Karl Knudsch-Wienfeld (Frau), 115 467; Karl Jahn-Jahndorf, 93 441; Bernhard Witten-Barmen (Frau), 250 990; Otto Wäffler-Verneuhof (Frau), 319 438; Herrn. Andreas - Heidehof (Frau), 185 970; Heinrich Nicker-Heutenroda, 109 672; Wihl. H. Zwiesche - Königsberg i. Pr., 340 620; Gust. Herforth-Berlin, 143 653; Hermann Spengler-Wagbeurg, 41 800; Gust. Kietzsch-Burgau, 136 860; Franz Heber-München, 228 467; Karl Obergr-Neuburg, 79 317; Joh. Euerbier-Norden, 91 804; Heinz. Jöbente-Siel, 35 547; Friedr. Kömmling-Dresden, 65 557; Wihl. Köhler-Dresden, 232 413; Wihl. Heintz - Berlin (Frau), 7499; Peter Witten-Mannheim (Frau), 318 154; Ludwig Konrad-Minden a. d. W., 91 242; Chr. Wehner-Wiesbaden, 287 943; Herrn. Gente-Swinemünde, 125 684.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Gumburg 1, Wesenbinderhof 56, zu adressieren. Will jeder Sendung ist auf dem Postschliff mitzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 10. bis 16. Juli 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Anklam 61,55, Aken 470,85, Angermünde 277,19, Annaberg 350,53, Arnsberg 154,58, Altdorf 41,50, Augsburg 1187,33, Aurich 262,36, Altpohla 485,92, Aue 556,58, Aulhausenleben 330,99, Auerbach 982,18, Arien 186,82, Auerleben 595,72, Arnstadt 168,38, Aiere 226,60, Arieg 87,90, Arnstorf 20,14, Bergen a. Migen 1610,60, Brunsbüttel 1200, Meißig 559,29, Barth 383, Bonn 210, Büchel 187,98, Bruchmühle 174,46, Breilungen 17,60, Burgstädt 579,53, Braunsberg 358,35, Briesenthal 67,28, Buchum 83,46, Brummen 759,93, Braunsberg 411,79, Bergedorf 183,74, Birkhof 140,26, Bockwitz 502,77, Bienen 120,29, Brandenburg 1446,70, Bantenburg a. Saaz 516,81, Borna 337,44, Brandis 318,14, Burgtheide 268,70, Borsdorf 66,41, Caputh 1184,54, Cammerdorf 784,60, Cöthen 337,64, Camburg 68,73, Gammun 13,80, Chemnitz 2414,78, Crinitz 146,32, Cönnern 124,28, Crostitz 421,20, Crotzig 408,91, Coswig 86,63, Cöpenick 357,32, Deutsch-Wissa 282, Dahlen 114,40, Döblichsdorf 163,75, Döhringensdorf 137,04, Döblichsdorf 4881,59, Delmenhorst 741,60, Donauersingen 60, Delligau 44,29, Droschig 277,68, Emden 811,42, Eßling 245,71, Eißdorf 57, Eimlein 51,30, Eisingen 85,44, Eberswalde 1971,71, Ecker 177,75, Emsdorf 143,59, Eßdorf 8,40, Effen 8553,75, Eichenhof 113,22, Egelitz 78,84, Frankfurt a. d. O. 1989,64, Finkenwende 346,89, Frankenberg i. Sa. 41,58, Finkenbergen (Sammlung) 8,45, Frankenberg i. Sa. 113,56, Forchheim 96,08, Fretberg 83,96, Fretzsch 65,73, Freiburg i. Sa. 528,31, Finkenberg 539,10, Frankfurt 115,32, Hainsburg 921,63, Finkenwade 915,10, Freiburg i. Pr. 180,84, Finkenberg 66,84, Fittiga 1126,22, Finkenwade 1002,48, Faltenslein 567,28, Fandenburg 83,55, Gelsenau 1670,52, Gers 750,64, Glinzdorf 499,99, Grafenwäld 36,74, Gollnow 65, Gumburg 505,58, Gumbertorf 253,80, Gollsch 173,86, Gungl 126,50, Gumbertorf 75,67, Greflingen 70,50, Gießen 800, Gr.-Neuburg 315,97, Grotz 193,86, Grimmen 191,24, Grotzschhausen 160,72, Gr.-Walden 161,22, Gr.-Werden 125,74, Gützkow 107,18, Gutz a. d. S. 91,05, Gr.-Schönebeck 57,46, Glöckhof 40, Gumbinnen 385,80, Gützhain 99,86, Goltzsch 11,80, Gumbach 375,24, Gutz a. Migen 270,32, Gutzsch 245,17, Gießen 156,64, Gschweiler 130,17, Gr.-Frieden 51,12, Gelsenkirchen 800, Gentsch 368,55, Groß-Bubitz 178,05, Guntow 86,78, Galle 7754,35, Gagen 1689,55, Hof 800, Gubersleben 528,31, Gartz 102,57, Geitelberg 800, Gellhorn 727,26, Hörde 556,16, Herbsdorf 371,29, Heidenheim 221,70, Heiligenfeld 183,80, Gumburg 3500, Sammelstift 112,55, Harburg 539,94, Heßfeld 606,72, Holzminnen 454,58, Hufsch 422,32, Halberstadt 174,11, Hammer b. F. 163,94, Hammer b. W. 9,49, Hötensleben 48,14, Heide 1100,73, Herne 973, Hennisdorf 276,90, Hiltendorf 267,72, Helmstedt 382,42, Habelberg 803,70, Heilsborn 92,37, Hermsdorf i. d. Mark 24,80, Jerichow 290,74, Jägersleben 79,74, Jellen 45,88, Jägnitz 462,81, Jechitz 403,82, Jena 460,82, Jechitz 226,98, Königsberg i. Pr. 1600, Jena 636,65, Kläbe 253,33, Kallberg 249,01, Kellheim 169,35, Krausnick 104,79, Krebsbach 156,55, Krotowitz 800, Kaina 179,21, Krummen 170,85, König-Bückerhausen 437,65, Kappeln 134,20, Klitz 133,05, Kroatow 83,40, Landsberg a. d. W. 985,97, Rügen 801,50, Limbach 629,73, Richterlein 335,65, Radolitz 801,25, Lütz i. M. 366,52, Lützen 179,61, Laufitz 158,80, Leutnammsdorf 138,41, Lombricht 87,90, Loh 59,97, Raage 52,80, Löbau 579,01, Lissa 387,44, Lübbitz 172,24, Laffan 163,40, Lübbitzburg 243,95, Lützen 163,71, Leisnig 58,70, Leisnig 2889,12, Raugersleben 687,47, Lübbitz 397,40, Lübbitz 391,62, Randa 327,26, Raugersleben 99,28, Remo 212,75, Weg 1706,65, Merane 456,86, Mühlhausen i. Th. 284,79, Melbort 320,60, Mühlengrund 196,10, Marlow 78,04, Mühlhausen i. Gf. 1000, Müllitz 731,60, Mittenwade 484,84, Müstau 416,85, Menningten 287,81, Mühlberg a. d. Elbe 120,12, Mienzen 84,20, Meinigen 311,90, Mühlenerndorf 203, Märzdorf 188,58, Meinsleben 124,63, Marienburg i. Westpr. 628,95, Marienwerder 341,80, Mplau 202,36, Martzgraspeise 116,06, Mamerow 8,18, Meißten 800, Marie 272,99, Müllberg 47,98, Meiersberg 511,94, Memel 456, Mammuster 18, Neuhaldensleben 546,70, Norden 370,31, Naunhof 10,22, Neurede 458,62, Niederehausen 103,42, Neuhald i. Gf. 187,80, Neuhaus a. d. Elbe 179,60, Neuhaldensberg 22,36, Nauen 524,11, Nordhausen 477,53, Nebra 292,80, Neuburg a. d. Saale 268,32, Nordheim 800, Neuhof 397,68, Nießky 158,70, Niemeß 131,08, Osnabrück 390,19, Deberan 61,10, Oldenburg i. O. 27,32, Oppeln 984,05, Orlowitz 82,16, Obergrotz 1031,88, Oßnig 189,57, Oeynhausen 414,64, Oßnig 350,85, Otrand 313,93, Oßnig 994,20, Peitz 500, Pflau 115,12, Pleißenthal 45,91, Potsdam 171,76, Pössa 355,71, Pleißenthal 167,70, Priesen 181,36, Peitz 117,18, Plaue 342,11, Pargitz 252,86, Pöten 138,15, Quatzenbrunn 395,17, Könnig 782,73, Remmersdorf 556,38, Mheba 197,24, Rudolfsfeld 294,58, Roggeln 137,87, Rotenburg i. Gomm. 611,49, Mödel 340,20, Rühnig 320,08, Ratibor 102,69, Reichenbach i. Vogt. 82,21, Rheine 60,44, Rathenow 337,42, Rönneburg 319,38, Röhla 183,11, Röhla 104,47, Rötgenberg 42,34, Röhla 567,36, Reimel 346,28, Rieder 300,68, Reppin 102,27, Raugers 84,87, Reina 47,51, Reinfeld 466,27, Rastenburg 372,72, Sebnitz 725,54, Seibald 982,62, Schweligen 563,69, Siegen 400, Schweinfurt 245, Stollberg 203,20, Seehausen (St. Margareten) 107,22, Seebau 1600, Speyer 717,94, Stahlfurt 599,09, Saarmund 576,06, Schönwalde i. d. Mark 560,17, Schöne 412,44, Sternberg 288,18, Sülze 156,07, Schlotheim 133,38, Schörobenhausen 77,58, Stahlfagen 8,76, Spremberg 825,86, Schönebeck a. d. Elbe 489,32, Stadelsdorf 332,41, Stadelsleben 323,44, Sachsa 252,07, Sommerfeld 150,18, Stallupönen 82,02, Soldin 12,98, Schwemmlingen 8-Schwening 552,43, Sonberberg 517,35, Strambing 344,78, Schönlitz 284,84, Schmalfeld 229,36, Schramberg 171,33, Schönwalde 124, Seiffen 71,70, Schmalen 1012,15, Sorau 1071,72, Sangerhausen 469,20, Schwaan 228,60, Straßburg i. d. Uckermark 186,40, Schönberg 2,09, Schneidemühl 595,01, Salzweil 463,68, Sulingen 440,66, Segeberg 432,14, Striegau 407,92, Seddin 171,56, Starag a. d. R. 128,38, Salpa 71,64, Siegen 19, Scherbeck 4,80, Tiffitz 171,55, Tschelitz 133,85, Tschelitz 216,27, Tschelitz 111,40, Tschelitz 800, Tschelitzberg 50,15, Tschelitzberg 76,06, Tschelitz 69,56, Tempelhof 320,55, Tschelitz 210,65, Teterow 9,10, Torgau 888,92, Torgau 325,55, Tschelitz 166,16, Teterow 737,02, Tiffitz 85, Tiffitz 614,59, Tegel 962,95, Tiffitz 164,56, Tereben 239,85, Tschelitz 78,86, Tereben 343,37, Tiffitz 118,14, Tereben 239,85, Tschelitz 400, Tiffitz a. d. W. 953,77, Tschelitz 218,96, Tiffitz 92,86, Tereben 173,26, Tschelitz 166,86, Tereben 166,18, Tschelitz 92,86.

Mannsee 1055,94, Wilbeshausen 566,15, Weiba 388,31, Wilzen 44,56, Walbesbüttel 16,80, Weisenborn 12,25, Wernigerode 545,94, ...

b) Für Futterale.

Murich 4, 2, Arnstadt 2, Bergeborn 1, Burgbladt 2, Brandenburg 5, Brandis 4, Essen 20, Frankfurt a. d. O. 5, ...

c) Für Protokolle.

Holba 4,50, Mühlstein 3,50, Murich 4, Arnstadt 6, Braunschweig 52, Brandenburg 4,50, ...

d) „Grundstein“-Einband und Decken.

Essen 4,3. e) Für Anzeigen im „Grundstein“.

Brandenburg 1, -50, Brandenburg -45, Sagen 2,40, Langenholzhausen -40, ...

Marken-Verband. Vom 11. bis 16. Juli sind Marken beauftragt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, ...)

Anklam 100 B à 40 A, 200 A à 25, 300 L à 10, 10 E à 50, ...

Deffau 2000 B à 60 A, 200 A à 25, Dahlen 800 B à 45, 15 E à 50, ...

Erfurt 1000 B à 65 A, Eichbladt 200 B à 45, Emden 2000 B à 70, ...

Freiberg 1200 B à 60 A, 40 E à 50, 5 E à 150, Freiberg i. V. 100 E à 50, ...

Görlitz 1600 B à 50 A, Glogau 2000 B à 55, 20 E à 50, ...

Greifswald 800 B à 75, Glesenua 4000 B à 50, 500 B à 60, ...

Halle 400 B à 40, 100 L à 10, Gumbinnen 1200 B à 60, ...

Hannover 2000 B à 45, 20 E à 50, 5 E à 150, 1 E à 300, ...

Hildesheim 1000 B à 50 A, 500 B à 55, ...

Hirschberg 200 B à 50, 100 E à 50, ...

Hof 500 B à 65 A, ...

Hoyerswerda 1000 B à 50 A, ...

Seehausen (Wilm.) 200 A à 25 A, Stuttgart 20 000 B à 60, ...

Tangermünde 500 B à 60 A, 500 B à 50, 100 B à 40, ...

Telgte 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Thielitz 1000 B à 70 A, ...

Das sind Konstanzer Zustände. Sonntags am Bierisch fürchterliche Drohungen gegen die Italiener, auf dem Bau nicht einmal den Mut, so einem, in den meisten Fällen recht dürftigen, transalpinen Bruder mal energisch die Wahrheit zu sagen. ...

Zentralfrankencasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 10. bis 16. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Rixdorf M. 1000, ...

Zu suchen erhalten: Sagen i. Westf. M. 150, ...

Eine ernste Mahnung.

Wer an einem Uebermaß von guter Laune leidet, dem sei dringend empfohlen, einmal eine Agitationstour nach dem südlichsten Teil unseres gesegneten Deutschen Reiches zu unternehmen, ...

Ich hatte schon verschiedene Male versucht, in Konstanz Versammlungen der Italiener zustande zu bringen - immer mit dem gleichen schlechten Erfolg, ...

Ueberall das gleiche Resultat. Die paar anwesenden Deutschen (teilweise organisiert) verfolgten mit kindlichem Lachen meine Bemühungen; von Seiten der Unternehmer bekam ich einige Unverschämlichkeiten zu hören und nach einer kleinen Auseinandersetzung mit dem Polier, die in einem Falle sogar zu einem gegenseitigen Angebot von Ohrfeigen führte, ...

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw. Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, ...

Fürstberg. Am 12. Juli führten hier am Bau des Wasserturns zwei Maurer etwa 10 m hoch ab. Ein anderer Maurer konnte sich an einem eisernen Träger festhalten, ...

Greiz. Am 14. Juli der Maurer Karl Weber von einer Leiter aus das Gerüst betreten wollte, ...

Homburg v. d. S. Am 15. Juli führte der Kollege W. Becker auf dem Neubau des Unternehmers Christian Lang von der dritten Balkenlage ab. ...

Insterburg. Am 8. Juli erlitt der Maurer Wilhelm Steinbeck einen Beinbruch. Er war bei der Firma Osterod beim Innenputz beschäftigt, ...

Jena. Beim Abbruch eines Gebäudes führte am 12. Juli der Maurer Frankisch durch Aufrutschen auf nassem Brettern aus einer Höhe von 2 m ab, wobei er sich einen Bruch des rechten Armes und eine Verletzung am Kopfe zuzog.

Magdeburg. Am 13. Juli ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers Freye in der Sophienstraße ein Gerüsteinbruch. Die zweite Kalkung an der Mittelwand stürzte unter lautem Krachen zusammen. ...

davon. Sanitätsrat Dr. Seiffert legte den Notverband an. Damit nun kein dritter etwas sehe, wurde sofort nach dem Unfall die Kante geseigt und das Gerüst wieder aufgestellt, als wenn nichts geschehen wäre. Warum konnte dieser Unfall geschehen? Es werden hier zum Gerüstbau ungelernete Arbeiter verwendet, die natürlich nicht die nötige Sachkenntnis zu denartigen Arbeiten besitzen. Dazu kommt die Gaf, mit der Leute auf solchen Bauten arbeiten müssen. Die Maurer aber seien ermahnt, auf keine Mühsung zu gehen, die sie vorher nicht einer genauen Prüfung unterzogen haben. Der Neubau, der auf diese Weise mit den Arbeitern getrieben wird, kann nur aus der Welt geschafft werden, wenn gegen solche Arbeitsmethoden Front gemacht wird.

Mühlhausen i. C. In dem Fabrikneubau der Firma Köchin-Schmitt in der Colmarstraße stürzte am 9. Juli, kurz vor Beendigung der Frühstückspause, das ganze aufgestellte Eisenrett (Stützen und Unterzüge) um, im Fall das ganze erreichbare Mauerwerk samt Gerüst mit sich reisend. Mit der Aufstellung des Eisenretts war der Fabrikchefmeister betraut. Zum Glück für ihn und die Arbeiter waren alle Maurer und Handlanger beim Frühstück auf der entgegengelegten Seite der Unfallstelle. Trifft es zu, daß die ganze Länge der Träger nicht ein einziges Mal abgeleitet war, dann muß dies als ein grenzenloser Verstoß bezeichnet werden. Doch hätten auch die dort beschäftigten Arbeiter diese Fahrlässigkeit nicht gleichgültig mit ansehen dürfen, sondern den Schloffermeister darüber beschreiben müssen, was der solche Arbeiten notwendig ist. Die Fabrikleitung hat übrigens schon im April gezeigt, daß sie auf dem Herr-im-Haare-Standpunkt steht und von der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter nichts wissen will. Die Arbeit wird in Regie ausgeführt. Auf Beschluß des Unternehmerbundes flogen die Bauarbeiter am 15. April prompt auf die Straße. Unsere Kollegen haben deshalb alle Ursache, darauf zu sehen, daß ihre Knochen heil bleiben; denn als gesunde Menschen können sie immer noch um ihre Rechte kämpfen, als Krüppel können sie das nicht mehr. Hier und im ganzen Elsaß ist aber in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung für die Arbeiter noch viel zu tun.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. Die Lage des Arbeitsmarktes für Bauarbeiter im Monat Mai des laufenden Jahres stand unter dem Zeichen des in diesem Gewerbe herrschenden großen Arbeitskampfes. Stärker als man es nach der Situation im April erwartet hatte, äußerte sich im Mai die Wirkung der Ausperrung auf den Arbeitsmarkt. Berechnen wir nämlich den Andrang für die Monate April und Mai nach den Verichten der Arbeitsnachweise an das Reichsarbeitsblatt, so ergibt sich für die letzten fünf Jahre folgendes Bild. Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsjude:

	1909		1910	
	April	Mai	April	Mai
1906	116,47	108,55		
1907	110,26	108,67		
1908	159,92	150,97		
1909	126,36	112,25		
1910	146,78	182,90		

Im Monat Mai des laufenden Jahres ist eine ganz erhebliche Zunahme des Andrangs gegen den Vormonat zu erkennen, während die vorangegangenen Jahre sämtlich eine Erleichterung gebracht hatten. Besonders kräftig war diese im Jahre 1909 gewesen, wo sich im Mai auf 100 offene Stellen 14 Arbeitsjude weniger bewarben als im April. Die ungünstige Veränderung im laufenden Jahre ist als eine Folge der Ausperrung durch die stark verringerte Nachfrage nach Arbeitern hervorgerufen, die sich in einer erheblichen Abnahme der offenen Stellen im Mai ausdrückte. Das Angebot hat wie in früheren Jahren ebenfalls gegen den April nachgelassen, natürlich nicht in dem Maße, wie es bei der Nachfrage der Fall war. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der diesjährige Maiandrang außerordentlich hoch. Noch nicht einmal im Kriegsjahre 1908 hatte der Andrang einen annähernd so hohen Stand wie in diesem Jahre. Glücken wir den Arbeitsmarkt im Baugewerbe nach den verschiedenen Berufsgruppen, so zeigt sich, daß sich die Lage in den einzelnen Berufen ziemlich gleichmäßig entwickelt hat. Es stellte sich nämlich der Andrang für nachstehende Berufe:

	1909		1910	
	April	Mai	April	Mai
Maurer, Fußer, Stuckateure	176,00	162,50	252,67	305,07
Zimmerer, Treppenschneider	199,60	146,36	234,02	251,68
Maler, Anstreicher, Lackierer	98,00	92,67	91,11	131,12
Glasler	290,80	269,77	218,70	202,40
Lebrige gelernte Berufe	159,30	164,70	160,16	166,28
Erdbarbeiter, Bautageslöhner, Handlanger	171,10	198,55	169,27	216,48

Für alle Berufsarten weist also der Arbeitsmarkt eine mehr oder minder starke Verschlechterung gegenüber dem Vormonat auf; nur für Glasler gestaltete sich die Bewegung des Andrangs günstiger. Weniger stark verschlechterte sich der Arbeitsmarkt in der Gruppe „Lebrige gelernte Berufe“ (Nachbeder, Köpfer usw.), während er bei den Malern im Gegensatz zum Vormonat wieder eine höchst unerfreuliche Wendung erfuhr. Die Gestaltung des Andrangs bei den Maurern, Fußern und Stuckateuren zeigt von allen Zweigen die ungünstigste Veränderung. Auf je 100 offene Stellen kamen 53 Arbeitsjude mehr als im Vormonat, in welchem gegen den März schon eine Steigerung um 64 eingetreten war. Diese Verschlechterung rührt in erster Linie von der gang schwebenden Nachfrage her, denn die Zahl der offenen Stellen ging um 84 pSt. zurück. Die Bewegung des Andrangs in den einzelnen Landesteilen ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich, und zwar sind zunächst die Landesteile auf-

geführt, in denen gegen das Vorjahr eine Zunahme des Andrangs erfolgte. Es betrug der Andrang:

	1909		1910	
	April	Mai	April	Mai
Ost- und Westpreußen	140,4	129,1	370,7	292,8
Brandenburg	346,1	245,4	360,9	463,3
Posen	139,4	181,6	128,0	194,4
Schleswig-Holstein	141,5	75,8	124,6	257,1
Westfalen	375,5	311,3	288,7	624,2
Bayern	103,8	92,2	120,8	150,0
Königreich Sachsen	80,4	59,6	94,9	132,2
Württemberg	97,5	82,1	88,2	132,2
Baden	106,8	92,5	157,9	186,4
Hamburg	251,0	203,0	984,3	626,5
Elsaß-Lothringen	108,0	131,5	176,6	157,9

Der Andrang geht in diesen Landesteilen fast ausnahmslos sehr beträchtlich über den des Vorjahres hinaus. Vor allem weisen Brandenburg, Westfalen und Hamburg eine ungewöhnliche Steigerung des Andrangs auf. Gegenüber dem Vormonat ist in den aufgeführten Bezirken überwiegend eine Verschlechterung eingetreten. Nur in Ost- und Westpreußen, Hamburg und Elsaß-Lothringen war gegen April eine Besserung des Arbeitsmarktes im Maurerberuf zu bemerken.

In den nachstehenden Landesteilen hat sich die Erleichterung gegenüber dem Vorjahre fortgesetzt. Es betrug der Andrang:

	1909		1910	
	April	Mai	April	Mai
Berlin	184,3	256,4	187,0	125,0
Provinz Sachsen	169,7	176,2	166,7	150,0
Sachsen	124,3	103,5	83,0	68,6
Sachsen-Mainau	264,8	387,5	209,5	321,7
Rheinland	271,9	254,4	203,0	217,6

Die Reichshauptstadt weist im Gegensatz zum April im Mai eine wesentliche Besserung gegen 1909 auf, ebenso gegen den Vormonat, in welchem übrigens schon eine günstige Wendung gegen den März dieses Jahres zu verzeichnen war. Im Rheinland hielt die durch die Ausperrung bedingte Verschlechterung gegen die Vormonate weiter an.

### Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Heft 42 des 28. Jahrgangs mit dem Feuilleton der „Neuen Zeit“ Nr. 29. Preis des Einzelheftes 25 S. Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

Von der Lieferungs Ausgabe: Nebel, Aus meinem Leben, sind beiden Hefte 8 und 9 zur Ausgabe gelangt. Preis, der alle acht Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte à 10 S.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, mit den Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“. Nr. 21 des 20. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 S.

„Der Wahre Jakob“, sozialdemokratisches Wochenschrift. Nr. 15 des 17. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis der Nummer 10 S.

### Briefkasten.

H. W., Wegefeld. Die vom Verband der Baugeschäfte Berlins herausgegebene Broschüre: „Die Stellungnahme Berlins zu dem Tarifkampf des deutschen Baugewerbes im Jahre 1910“ enthält Du zum „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“, Berlin SW 11, Gallestraße 13. Der Preis für ein Exemplar ist 50 S.

C. D., Charlottenburg, L. S., Nürnberg. Für die Beiträge ist in dieser Nummer kein Platz; sie werden aber veröffentlicht.

### Anzeigen.

Wilh. Nebendahl, gebürtig aus Tychow, wird des Kollegen mitteilen kann, den bitte ich, sie mir umgehend zukommen zu lassen. [M. 1,50] Karl Weniger, Farbiger, Weberstr. 8.

### Hof und Umgebung.

Samstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr beginnend, findet unser diesjähriges

### \* Stiftungsfest \*

in Rosenaussale statt. Hierzu laden wir die Kollegen des Zweigvereins höflich ein. [M. 3] Die Verwaltung.

### Adressenveränderungen.

Crimmitschau. V. Mich. Blücher, Untere Mühlgasse 1, 1. Et. Fort-Emscher. K. Adolf Schimanski, Holtzhausen bei Forth, Rosenstr. 37. Löwenberg i. Schlef. K. Paul Berner, Rath. Kirchstr. 31, 2. Et.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beile sollt 15. A.)

Bamberg. (M. e. u. l. s. d. o. r.) Am 17. Juli verstarb unser Kollege **Andreas Schick** nach jahrelanger Krankheit an Gehirnleiden.

Berlin. Am 13. Juli starb unser Mitglied **Gustav Herforth** im Alter von 47 Jahren an Herzklappenfehler.

— **Section der Gips- und Zementbranche.** Am 12. Juli starb unser Mitglied, der Zementierer **Karl Lüttke** im Alter von 48 Jahren an Blinddarmentzündung und Darmblutung.

Bredstedt. Am 16. Juli verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege, der Kassierer **Sievert G. Sievertsen** im 43. Lebensjahre an Sumpfbrechungsleiden. Wir verlieren in ihm den besten Mann aus unserer Mitte.

Bunzlau. Am 7. Juli starb unser Kollege **Gustav Sievald** aus Wiefau im Alter von 62 Jahren an Lungenerkrankung.

Crimmitschau. Am 6. Juli starb unser langjähriges Mitglied, Kollege **Wilhelm Seifert** im Alter von 58 Jahren an der Prostataerkrankung.

Dresden. Am 11. Juli starb unser Verbandskollege **Friedrich Römmling** im Alter von 58 Jahren an Leberleiden.

Dresden. Am 11. Juli starb unser Mitglied **Alfred Küstner** im Alter von 37 Jahren an Lungentuberkulose. Am 14. Juli starb unser Mitglied **Arthur Vogel** im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung.

Dresden. Am 18. Juli starb unser Mitglied **Wilhelm März** aus B. o. r. d. a. m. im Alter von 55 Jahren an Lungentuberkulose.

Finstertal. Am 2. Juli starb unser treuer Kollege **Hermann Wahle** aus Neusaß im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung.

Frankfurt i. S. Am 7. Juli starb unser Kollege **Moritz Morgenstern** im Alter von 66 Jahren an Malaria.

Leipzig. Am 7. Juli starb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Kassierer, Kollege **Karl Oberg** im Alter von 40 Jahren an Gehirnarterienblutung.

Sachsen. Am 9. Juli starb unser Mitglied **Wilhelm Zweigels** an Herz- und Leberleiden.

Siedlitz. Am 10. Juli starb unser Kollege **Heinrich Jöhne** im Alter von 65 Jahren an Magenleiden.

Leipzig. Am 13. Juli starb unser Kollege **Friedr. Naumann** im Alter von 71 Jahren an Gehirnschlag.

Magdeburg. Am 12. Juli starb unser Ehrenmitglied **Hermann Spengler** im Alter von 72 Jahren an Herzklappenleiden.

München. (B. S. F.) Am 23. Juni starb unser Kollege **Franz Heber** nach langer Krankheit im Alter von 42 Jahren.

Norden. Am 10. Juli starb plötzlich unser langjähriges Mitglied **Johann Suerbier** im Alter von 52 Jahren an einem Schlaganfall. Suerbier war Mitbegründer unseres Zweigvereins.

Nürnberg-Fürth. Am 14. Juli starb unser treuer, zielbewusster Kollege **Konrad Bengler** im Alter von 37 Jahren an einer Herzkrankheit infolge eines Anginalanfalls durch ein Fiebererf. Er hat sich nicht allein als Kollege infolge seiner Pflanzung die Achtung aller Kollegen erworben, sondern auch als Kassierer, indem er es verstand, die Harmonie auf dem Arbeitsplatze anrecht zu erhalten.

Benzlin i. d. W. Am 10. Juli starb unser treues Mitglied **Friedrich Giese** im Alter von 52 Jahren an Unterleibstypus.

Ehre ihrem Andenken!

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. Juli.

Schweidnitz. Abends 8 Uhr im Arbeiter Kasino.

Donnerstag, den 28. Juli.

Pinneberg. Bei Beendigung. Bücher und Legitimationskarten sind zwecks Ausgabe der General-Darstellung mitzubringen.

Sonntag, den 31. Juli.

Greene. Abends 8 Uhr beim Gastwirt Schulze-Nierbach. Mitgliederbesuch sind mitzubringen.

Würzburg. Vorm. 9 1/2 Uhr im „Röthen“. Z. D.: Quartalsabrechnung.

### Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

Freitag, den 29. Juli.

Lichtenberg. Abends 8 Uhr im Hofe des Herrn Emil Widenhagen, Schwanenb. 60. Z. D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Bericht. Verschickenes. Mitgliederbuch legitimiert.

Sonabend, den 30. Juli.

Bernau. Abends 8 1/2 Uhr bei Wänsche, Raststraße. Z. D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Kassanangellegenheiten. Verschickenes.

Sonntag, den 31. Juli.

München. Vorm. 10 Uhr Quartalsversammlung im Restaurant „Eisener Haus“, Rummelstr. 37. Z. D.: Kassierbericht vom zweiten Quartal. Verschickenes. Mitgliederbuch legitimiert.

Nowawes. Abends 8 Uhr. Z. D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Kassanangellegenheiten.

Freitag, den 12. August.

Berlin. Abends 8 1/2 Uhr im Saal 7 des Gewerkschaftshauses. Z. D.: Bericht und Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschickenes und Kassanangellegenheiten.